

# **Entscheidungsstrukturen der Solidarwirtschaft (Commoning)**

Wolfgang Fabricius  
[www.reproduktionsökonomie.de](http://www.reproduktionsökonomie.de)

**SOAK-2013 Hamburg**  
Hamburg, den 24.-28. Juli 2013

# Inhaltsübersicht

1. Einführende Gedanken
2. Konventionelle Entscheidungsstrukturen
3. Gesetzliche Regelungen
4. Interne Ausgestaltung
5. Die Apo und ihre Folgen
6. Aktuellere/solidarische ökonomische Konzepte
7. Bauprinzipien der Commens
8. „Virtuelle“ Entscheidungsstrukturen

# **1. Einführende Gedanken**

# Vom Gemeingut zum Privateigentum

Als die Menschen noch Jäger und Sammler waren, gehörte ihnen, den Tieren und den Pflanzen der gesamte Erdball als Gemeingut noch gemeinsam.

Mit der Sesshaftigkeit fing der Mensch an, erste Teile dieses Gemeingutes der freien Verfügbarkeit aller zu entziehen, sie zu rauben, zu „privatisieren“.

Er zäunte, um „wilde“ Tiere und nicht zum Klan gehörende Mitmenschen fernzuhalten, sein Grundstück ein und entfernte die unliebsamen Pflanzen.

Heute sind die Gemeingüter strategische Kapitalanlage und die Kapitaleigner privatisieren solange, bis ihnen alles gehört (s. z.B. Landgrabbing).

# **Internationaler Gerichtshof für das Gemeingut Erde**

*„Das höchste, universelle  
Gemeinschaftsgut ist die Erde selbst.  
Sie gehört all jenen, die sie bewohnen  
und der Gesamtheit der  
Ökosysteme.“*

**d'Escoto Brockmann und Leonardo Boff**

**(d: Silke Helfrich)**

# Gebührende Entschädigung

In der Zeitschrift „Anarchismus in Deutschland“ schrieb Gustav Landauer 1893 bereits im Sinne des Commoning:

*„... wir reden davon, daß die zur Einsicht in ihre wahren Interessen gekommene Menschheit in starken Vereinen Vorsorge treffen wird, daß die Güter der Erde zu jedermanns Verfügung stehen und daß, wenn einzelne oder Gruppen Produktionsmittel für sich allein in Anspruch nehmen, die übrigen **gebührende Entschädigung** beanspruchen.“*

# Das Wachstum der Menschheit

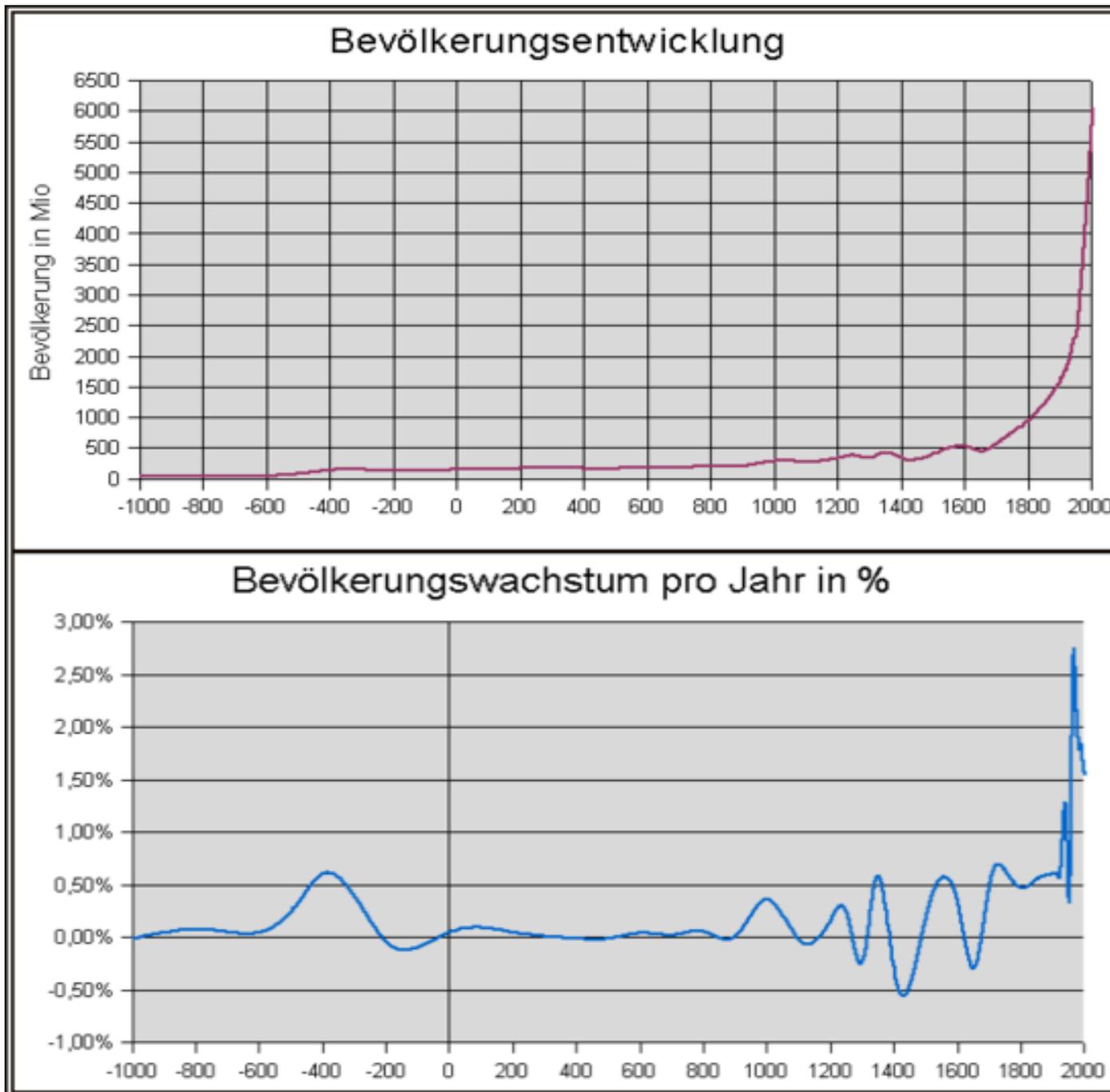
Das Sesshaftwerden, das Erfinden der Sprache, des Säens und Erntens, der Nutzung des Feuers etc. verbesserte die Überlebenschancen des Menschen sehr wesentlich und er konnte sich wirksamer vermehren als Tiere und Pflanzen.

Zusätzlich veranlasste die Zerstörung gewachsener Kulturen speziell durch die Kolonialmächte Eltern, ihr Auskommen im Alter über ihren Nachwuchs zu sichern.

In einen Gleichgewichtszustand der Natur hinein wuchs die Menschheit exponentiell auf jetzt etwa 7 Milliarden Individuen. Entsprechend wurde der Lebensraum der Tiere und Pflanzen Schritt für Schritt eingeschränkt.

Rote Listen bedrohter Tier- und Pflanzenarten wachsen immer schneller.

Aber auch für die Menschen wird es immer enger und mit der Zeit eventuell auch **zu eng zum Überleben.**



Wikipedia: Bevölkerungsentwicklung, Zugriff: 28.02.2012

# Garrett Hardin

Der zu Unrecht viel geschmähte Garrett Hardin schreibt in Sorge um die Überbevölkerung unserer Erde in seinem weltweit diskutierten Beitrag „The Tragedy of the Commons“ in Science Vol. 162 von 1968:

*„Gemeingüter erfordern ab einem bestimmten Grad der Nutzungsintensität eine Moral, die vom Individuum nicht mehr geleistet werden kann, da sie dem Eigeninteresse primär entgegenläuft. Die Lösung solcher Probleme kann nur eine politische sein. . . . Die **Tragik der Allmende als Vorratskammer** kann durch Privateigentum **oder ähnliche Formen verhindert** werden. Aber Luft und Wasser kann man nicht so leicht einzäunen und deshalb muss die **Tragik der Allmende als Abfallgrube** mit anderen Mitteln abgewendet werden: durch Zwangsmaßnahmen oder Besteuerung, die es dem Verschmutzer billiger machen, seine Abfälle zu behandeln als sie unbehandelt abzuschieben.“*

Wie Menschen diese Tragik – zumindest der **Allmende als Vorratskammer** - in unterschiedlichsten Regionen gemeinschaftlich bearbeiten, stellt Elinor Ostrom 1990 in ihrem Buch „Governing the Commons“ ausführlich dar.

# Informationstechnik

Erfindungen erweiterten und intensivierten die Operationsräume der Menschheit:

- Die **Lautschrift**, ergänzte die mündliche Überlieferung wesentlich und ermöglichte große Staatsgebilde wie das Griechische und das Römische Reich.
- Der **Buchdruck** löste das aufwendige Abschreiben ab und erlaubte, das Abendland auf weitere Kontinente auszudehnen.
- Die Informationstechnik und das **Internet** bieten Individuum und Gesellschaft noch lange nicht ausgeschöpfte Möglichkeiten der globalen Kommunikation und Kooperation, insbesondere in den direkten Beziehungen von Konsument und Produzent, z.B. in Form der Peer-to-Peer-Ökonomie.

# Primat der Ökonomie über die Politik

**Hans Tietmeyer**, Präsident der Deutschen Bundesbank, äußerte bereits 1996 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos: *„Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von ihnen beherrscht werden.“*

**Rolf E. Breuer**, ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank präzisierte 2000: *„Die autonomen Entscheidungen, die Hunderttausende von Anlegern auf den Finanzmärkten treffen, werden im Gegensatz zu Wahlentscheidungen nicht alle vier oder fünf Jahre, sondern täglich gefällt, was Regierungen ständig unter einen erheblichen Erklärungszwang setzt. ... Anleger müssen sich nicht mehr nach den Anlagemöglichkeiten richten, die ihnen ihre Regierung einräumt, vielmehr müssen sich die Regierungen nach den Wünschen der Anleger richten.“*

## **2. Konventionelle Entscheidungsstrukturen**

# Multidimensionales konventionelles Entscheidungsgestrüpp

**Politik  
(failed states)**

**Clandestine  
Organisationen**

**Parteien**

**Gewerkschaften**

**Genossenschaften**

**Wirtschaft**

**Gesundheitswesen**

**Wissenschaft**

# Politik (international)

- Vereinte Nationen (UNO)
  - Weltgesundheitsorganisation (WHO)
  - Internationale Arbeitsorganisation (ILO)
  - Internationaler Währungsfond (IWF)
- Welthandelsorganisation (WTO)
  - GATS
  - TRIPS
- Weltbank
- G8/G20
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)
- USA
- EU
- BRICS

# Politik (kontinental)

## Europäische Union (Lissabon-Vertrag)

- Rat
- Kommission
- Parlament
- Ministerrat
  
- Europäische Zentralbank
- Europäischer Rechnungshof
- Europäischer Gerichtshof (Luxemburg)
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (Strasburg)

# **Politik (national)**

- Regierung (Bundes-, Landes-, Kreis- und Kommunalebene)
- Parteien (+ Stiftungen)
- Gewerkschaftsverbände (+ Stiftungen)
- Genossenschaftsverbände
- Vereine und Verbände
- Initiativen

# Clandestine Organisationen

- Freimaurer
- Bilderberger
- Mont Pelerin Society
- Davos
  
- Service-Clubs
  
- Burschenschaften
  
- Geheimdienste

# Mont Pelérin Society (MPS) I

1947 in Mont Pelérin, Schweiz, von 17 amerikanischen und 22 europäischen neoliberalen Ökonomen (u.a. Eucken, Friedman, Hayek, Hunold, Mises, Popper, Röpke, Stigler) gegründet und als Verein in den USA eingetragen.

Umfasst etwa 1000 Mitglieder und **100 Think-Tanks** weltweit.

1974-2002: **Nobelpreise für 8 MPS-Mitglieder.**

Ab 1975 unterwerfen Hayek und Friedman als **Berater Pinochets** Chile einer neoliberalen Radikalkur, errichten eine 'gesunde soziale Marktwirtschaft' und bezeichnen dies als 'gelobtes Land'.

1979: Experten-Austausch zwischen **Thatcher** und Chile.

1980: Durch **Reagan** Neoliberalismus auch in den USA.

Endgültige Implementierung in Europa über Giscard d'Estaing, Vorsitzender des Europäischen Konvents, der MPS-Mitglied ist.

In Deutschland verhilft dem Neoliberalismus das **Schröder-Blair-Papier** und die Agenda 2010 zum Durchbruch.

## Mont Pelérin Society (MPS) II

*"Die zentrale Sorge der Mont Pèlerin Society gilt ... der Perversion des Wohlfahrtsstaates. Er stellt für die meisten Mitglieder die aktuelle Herausforderung überhaupt dar. 1947 kämpften die MPS-Mitglieder gegen die Kontrolle der Güterproduktion, heute kämpfen sie gegen die Kontrolle der Einkommensverteilung. Beide stellen gleichermaßen gravierende Eingriffe in die Freiheit dar. Und die Idee der Einflussnahme auf die Einkommensverteilung ... ist so tief in das Bewusstsein der westlichen Staaten eingedrungen, dass der Übergang von der Wohlfahrtsdiktatur ... zu einer freien, deregulierten Gesellschaft ... als fast so schwierig erscheint wie der Übergang vom Plan zum Markt."*

**Gerhard Schwarz**  
**Chef des Wirtschaftsressort der Neuen Zürcher Zeitung**  
**und Präsident der Deutschen Hayek-Gesellschaft, 1997**  
**(s.a. Let's Make Money, Dokumentarfilm von Erwin Wagenhofer 2008)**

# Service-Clubs

1. Rotary International (gegründet 1905, 1,2 Millionen Mitglieder)
2. Kiwanis International (gegründet 1915, 550.000 Mitglieder)
3. Civitan International (gegründet 1917, 50.000 Mitglieder)
4. Lions-Club (gegründet 1917, 1,351 Millionen Mitglieder)
5. Zonta International (gegründet 1919, 33.000 Mitglieder)
6. Soroptimist International (gegründet 1921, 93.000 Mitglieder)
7. Round Table International (gegründet 1927, 100.000 Mitglieder)
8. Ambassador Club International (gegründet 1956, 4200 Mitglieder)
9. FiftyOne International (gegründet 1966, erster auf dem europäischen Kontinent gegründeter Service-Club)

## Parteien und Gewerkschaften

*„Der Mainstream des alten Arbeiterbewegungs-Marxismus ... organisierte sich nicht reproduktiv und lebensweltlich antikapitalistisch, sondern bloß politisch, als historische abstrakte »Willenskundgebung« ohne reale reproduktive Verankerung, und damit als »politische Partei« (und parallel dazu gewerkschaftlich für den Kampf um systemimmanente Gratifikationen).*

***Alles wurde dem Ziel der politischen Machtergreifung untergeordnet, um dann folgerichtig »von oben«, durch zentrale etatistische Eingriffe, die kapitalistische Reproduktion gewissermaßen sozialistisch-planwirtschaftlich »umstülpen« zu wollen. Die politische Macht erscheint hier als der archimedische Punkt und ein alternativer Staatsapparat (»Arbeiterstaat«) als der zentrale Hebel der Umwälzung.“***

## Gemeingut DDR?

Wie fatal das Fehlen von partizipativen Entscheidungsstrukturen sein kann, lässt sich vielleicht am Beispiel der DDR veranschaulichen.

Artikel 12 der Verfassung der DDR lautete: *„Die Bodenschätze, die Bergwerke, Kraftwerke, Talsperren und großen Gewässer, die Naturreichtümer des Festlandsockels, Industriebetriebe, Banken und Versicherungseinrichtungen, die volkseigenen Güter, die Verkehrswege, die Transportmittel der Eisenbahn, die Seeschifffahrt sowie der Luftfahrt, die Post- und Fernmeldeanlagen sind Volkseigentum. Privateigentum daran ist unzulässig.“*

Die Strategie der (linken) Parteien war bisher nur auf die Machtergreifung ausgerichtet. Wenn sie die Macht errungen hatten, errichteten sie eine monohierarchische Parteiendiktatur und unterdrückten alle Ansätze von autonomer Ökonomie und Solidarwirtschaft.

Es kommt also nicht allein auf den Besitz der Gemeingüter an, sondern zumindest auch auf eine transparente und partizipative Entscheidungsstruktur sowie ein geeignetes ökonomisches Konzept, das den Bedürfnissen der Konsumenten und Produzenten gerecht wird.

# Gewerkschaften

- Vereinte Nationen (UNO)
  - Internationale Arbeitsorganisation (ILO)
- Weltgewerkschaftsbund
- Internationaler Bund Freier Gewerkschaften
- Weltverband der Arbeitnehmer
- Internationaler Gewerkschaftsbund
- Europäischer Gewerkschaftsbund
- Deutscher Gewerkschaftsbund
- Einzelgewerkschaften

# Genossenschaften

- International Co-operative Alliance (ICA)
- Internationale Raiffeisen-Union (IRU)
- European Confederation of Workers' Cooperatives, Social Cooperatives and Social and Participative Enterprises (CECOP)
- Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften
- Genossenschaftsverband e. V.
- GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen
  - BBU - Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.
- Einzelgenossenschaften

# Wirtschaft (international)

- Vereinte Nationen (UNO)
  - Internationaler Währungsfond (IWF)
  - Welthandelsorganisation (WTO)
    - GATS
    - TRIPS
- Weltbank
- G8/G20
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

# **Wirtschaft (national)**

- Wirtschaftsministerium
- Industrieverbände
- Kammern
- Wirtschaftsinstitute
- Gewerkschaften
- Aktiengesellschaften
- GmbH
- Genossenschaften
- Verbraucherschutz

# Gesundheitswesen

- Weltgesundheitsorganisation (WHO)
- EU-Department Gesundheit und Verbraucher
- Gesundheitsministerium
  - Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte
  - Robert-Koch-Institut
  - Bundesinstitut für Risikobewertung
  - Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit
- Krankenkassen
- Ärztekammern
- Apothekerkammern
- Fachgesellschaften
- Patientenvereinigungen

# Wissenschaft (international)

- Internationales Büro für Maß und Gewicht
- Internationale Gesellschaft für Angewandte Psychologie
- Internationale elektrotechnische Kommission
- Internationaler Verband der bibliothekarischen Vereine und Institutionen
- Internationales Institut für Angewandte Systemanalyse
- Internationale Mathematische Union
- Internationale Fernmeldeunion
- Internationale Union für reine und angewandte Chemie
- Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
- Weltgipfel zur Informationsgesellschaft
- Europäisches Kernforschungszentrum
- Europäische Weltraumorganisation

# Wissenschaft (national)

- Bundesministerium für Bildung und Forschung
- Deutsche Forschungsgemeinschaft
- Fraunhofer-Gesellschaft
- Max-Planck-Gesellschaft
- Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher  
Forschungszentren
- Leibniz-Gemeinschaft
- Dachverbände
- Fachkonferenzen
- Universitäten
- Institute

# Wissenschaft (national)

- Bundesministerium für Bildung und Forschung
- Deutsche Forschungsgemeinschaft
- Fraunhofer-Gesellschaft
- Max-Planck-Gesellschaft
- Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher  
Forschungszentren
- Leibniz-Gemeinschaft
- Dachverbände
- Fachkonferenzen
- Universitäten
- Institute

# Sozialforen

- Weltsozialforum
- Kontinentale Sozialforen (Europa)
- Nationale Sozialforen
- Kommunale Sozialforen (Berlin)

Das erste Sozialforum fand als Gegenveranstaltung zum Davoser Weltwirtschaftsforum 2001 in Porto Alegre, Brasilien, statt und wurde zu einem Symbol für die Bewegung der Kritiker der Globalisierung. Das Weltsozialforum soll weniger konkrete Maßnahmen beschließen, oder Resolutionen verabschieden, sondern eher der Koordination und dem Erfahrungsaustausch dienen.

**Aristoteles** (384-322 v. Chr. , Politeia, 5. Buch)

*"Man muß dafür sorgen, daß der Gegensatz der Reichen und Armen sich möglichst ausgleicht oder daß der Mittelstand wächst. ...*

*Namentlich muß man bedacht sein, durch die Gesetze die Verhältnisse so zu regeln, daß niemand aufkommen kann, der allzu übermächtig ist durch Anhang oder Reichtum; und gelingt dies nicht, so muß man solche Leute ins Ausland verbannen."*

# Tableau économique

1758 veröffentlichte François Quesnay, Leibarzt Ludwig des XV. und der Madame Pompadur sein berühmtes „Tableau économique“,  
**ein Basisdokument des Wirtschaftsliberalismus,**

dessen Eingangsworte aufhorchen lassen:

*„Wir brauchen weder etwas zu suchen noch etwas zu finden, denn alle menschlichen Verhältnisse werden von bewunderungswürdigen Gesetzen regiert, deren Wahrheit sich jedem aufzwingt, der einmal die Augen öffnet, und deren Autorität ein mit Vernunft begabter Mensch ebensowenig bestreiten kann wie die Gesetze der Geometrie. Diese Gesetze zu verstehen, heißt, ihnen zu gehorchen.“*

Diese Lehre fand die Aufmerksamkeit von Fürsten und Staatsmännern wie Kaiser Joseph II. von Österreich, Katharina der Großen von Rußland, König Gustav III. von Schweden etc.

**Die natürliche Ordnung, die der Liberalismus durch Beseitigung aller Schranken und Verbote, durch Entfesselung des reinen Konkurrenzprinzips heraufführen will, ist die Ordnung der Vorsehung.**

Es besteht eine prästabile Harmonie, die Welt läuft von selbst, und es bedarf keiner „Kommandowirtschaft“.

# Franz Oppenheimer zum Staat

**Franz Oppenheimer** wurde 1917 der erste deutsche Lehrstuhl für Soziologie an der Frankfurter Universität eingerichtet. Auch war er der Doktorvater von Ludwig Ehrhard.

Zum soziologischen Begriff des Staates führt er 1907 aus:

*„Er stammt aus dem Italienischen der Renaissanceperiode. Dort bezeichnete er den, zumeist durch Gewalt zur Herrschaft gelangten Fürsten samt seinem Anhang: »Die Herrschenden und ihr Anhang heißen lo stato, und dieser Name durfte dann die Bedeutung des gesamten Territoriums usurpieren«, sagt **Jakob Burckhardt**. ... In unserem Worte »Hofstaat« lebt die alte Bedeutung fort. ...*

*Er ist seiner Entstehung nach ganz und seinem Wesen nach auf seinen ersten Daseinsstufen fast ganz eine gesellschaftliche Einrichtung, die **von einer siegreichen Menschengruppe einer besiegten Menschengruppe aufgezwungen** wurde mit dem einzigen Zweck, die Herrschaft der ersten über die letzte zu regeln und gegen innere Aufstände und äußere Angriffe zu sichern. Und die Herrschaft hatte keinerlei andere Endabsicht als die*  
41 **ökonomische Ausbeutung der Besiegten durch die Sieger.“**

## **Gustav Landauer zum Staat:**

*„Einen Tisch kann man umwerfen und eine Fensterscheibe zertrümmern, aber die sind eitle Wortmacher und gläubige Wortanbeter, die den Staat für so ein Ding halten, den man zertrümmern kann, um ihn zu zerstören.*

*Der Staat ist ein Verhältnis, ist eine Beziehung zwischen den Menschen, ist eine Art, wie Menschen sich zueinander verhalten; und man zerstört ihn, indem man andere Beziehungen eingeht, indem man sich anders zueinander verhält.*

*Der absolute Monarch konnte sagen: „Ich bin der Staat“. Wir, die wir im absoluten Staat uns selbst gefangengesetzt haben, wir müssen die Wahrheit erkennen: Wir sind der Staat - und sind es so lange, als wir nichts anderes sind, als wir die Institutionen nicht geschaffen haben, die eine wirkliche Gemeinschaft und Gesellschaft der Menschen sind.“*

# Aufwand geeigneter Entscheidungsstrukturen

In der Regel wird der Aufwand unterschätzt, der darin besteht, den Raum zwischen Familie und globaler Gesellschaft mit einer geeigneten Entscheidungsstruktur zu füllen und die Kultur der Konkurrenz durch eine Kultur der Kooperation zu ersetzen.

Mit der Optimierung der Entscheidungsstrukturen befasst sich die Menschheit seit Jahrtausenden.

Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen sind entsprechend umfangreich und komplex

### **3. Gesetzliche Regelung**

# **Gesetzliche Regelung von Entscheidungsstrukturen**

Aktiengesellschaft (AG)

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)

Stiftung

Initiative - Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)

Eingetragener (ideeller) Verein (e.V.)

Wirtschaftlicher Verein

Nicht eingetragener Verein

Eingetragene Genossenschaft (eG)

Kooperationsgesellschaft

# Aktiengesellschaft (AG)

Eine Aktiengesellschaft ist eine privatrechtliche Kapitalgesellschaft, bei der das Grundkapital in Aktien zerlegt ist. Sie vereint in der Regel eine große Anzahl von (vielfach passiven) Aktionären, die ihr Kapital in die Unternehmung investiert haben, um Erträge zu erwirtschaften.

Erste Vorläufer des Prinzips der Anteilsteilung sind bereits zu Zeiten des Römischen Reiches zu finden, wo sich verschiedene Händler zusammenschlossen, um teure Handelsreisen vorzufinanzieren (Kapitalvereinigungen). Im Jahr 1407 wurde in Genua die St. Georgsbank (Banco di San Giorgio) gegründet, die oft auch als erste „wirkliche“ Aktiengesellschaft bezeichnet wird.

Die erste als moderne Aktiengesellschaft organisierte Unternehmung war die 1602 gegründete Niederländische Ostindien-Kompanie.

# **Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)**

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist juristische Person des Privatrechts und gehört zu den Kapitalgesellschaften. Die deutsche GmbH war die weltweit erste Form einer haftungsbeschränkten Kapitalgesellschaft. Ihr sind inzwischen in vielen Ländern vergleichbare Gesellschaftsformen gefolgt.

Gesellschaften mit beschränkter Haftung wurden erstmals durch das am 20. April 1892 erlassene GmbH-Gesetz ermöglicht. Nach der Schaffung dieser Gesellschaftsform in Deutschland breitete sich das Konzept in der ganzen Welt aus.

Eine GmbH kann für jeden gesetzlich zulässigen Zweck errichtet werden.

Das Mindeststammkapital beträgt in Deutschland 25.000 Euro.

# Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)

Die Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt), kurz UG, – umgangssprachlich als Mini-GmbH und 1-Euro-GmbH bezeichnet – wurde im Zuge der Reform des GmbH-Rechts 2008 als existenzgründerfreundliche Variante der herkömmlichen GmbH eingeführt.

Die in § 5a GmbHG geregelte UG stellt keine neue Rechtsform dar.

Vielmehr handelt es sich um eine GmbH mit einem geringeren Stammkapital als dem für die gewöhnliche GmbH vorgeschriebenen Mindeststammkapital von 25.000 Euro und mit einem besonderen Rechtsformzusatz. Die UG ist eine juristische Person, (im Regelfall) voll körperschaftsteuer- und gewerbesteuerpflichtig, und sie muss ihre Jahresabschlüsse nach Maßgabe der §§ 325, 326 HGB veröffentlichen. Die UG kann mit einem **Stammkapital von lediglich einem Euro** gegründet werden.

Die UG hat trotz ihrer (absichtlich) sperrigen Firmierungsform, vor allem in Existenzgründerkreisen großen Anklang gefunden. Zum 1. Januar 2012 existierten 64.371 solche Gesellschaften. Die Britische Limited, die in Deutschland eine Zeit lang im Trend lag, hat seither massiv an Bedeutung verloren.

# Stiftung

Eine Stiftung ist eine Einrichtung, die mit Hilfe eines Vermögens einen vom Stifter festgelegten Zweck verfolgt. Dabei wird in der Regel das Vermögen auf Dauer erhalten und die zu Begünstigenden können nur in den Genuss der Erträge kommen. Stiftungen können in verschiedenen rechtlichen Formen und zu jedem legalen Zweck errichtet werden. Die meisten Stiftungen werden in privatrechtlicher Form errichtet und dienen gemeinnützigen Zwecken.

**Stiftungen arbeiten also mit leistungslosen Kapitalerträgen.**

# **Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)**

Die deutsche Gesellschaft bürgerlichen Rechts stellt die ursprünglichste und einfachste Form der Personengesellschaft im deutschen Recht dar. Sie ist eine Vereinigung von mindestens zwei Gesellschaftern (natürlichen und/oder juristischen Personen), die sich durch einen mündlichen oder schriftlichen Gesellschaftsvertrag gegenseitig verpflichten, die Erreichung eines gemeinsamen legalen Zwecks in der durch den Vertrag bestimmten Weise zu fördern.

Die gesetzlichen Grundlagen sind im Wesentlichen in den §§ 705 ff. BGB geregelt. Sie kann die Namen aller Gesellschafter mit einem die GbR andeutenden Zusatz führen.

Betreibt eine GbR Handelsgewerbe, so wird sie dadurch zu einer Offenen Handelsgesellschaft oder ggf. Kommanditgesellschaft gem. § 17 Abs. 1 HGB.

# Verein/Verband

Der Verein (etymologisch: aus vereinen, eins werden und etwas zusammenbringen) bezeichnet eine freiwillige und auf Dauer angelegte Vereinigung von natürlichen und/oder juristischen Personen zur Verfolgung eines bestimmten Zwecks, die in ihrem Bestand vom Wechsel ihrer Mitglieder unabhängig ist.

Anders als in den Rechtswissenschaften wird in den Sozialwissenschaften zwischen Verein und Verband unterschieden, obgleich beide den gleichen Rechtsstatus haben.

Während der Verein eher auf lokale Bindung und gesellige Zwecke fokussiert ist, dient der (Interessen-)Verband der überregionalen Vertretung von Interessen und der Beeinflussung der Öffentlichkeit.

# Der eingetragene (ideelle) Verein

Der Verein bezeichnet eine freiwillige und auf Dauer angelegte Vereinigung von natürlichen und/oder juristischen Personen zur Verfolgung eines bestimmten Zwecks, die in ihrem Bestand vom Wechsel ihrer Mitglieder unabhängig ist.

Erste standesübergreifende Vereine wurden im deutschsprachigen Raum während des 18. Jahrhunderts gegründet. Es waren zuerst aufklärerisch gesinnte Vereinigungen, die sich der Pflege von Bildung und Kultur verpflichtet fühlten. Einer der bekanntesten Geselligkeitsclubs dieser frühen Phase war der 1749 gegründete Berliner Montagsclub. Später kamen die bürgerlichen LeseGesellschaften auf.

Das Aufblühen des modernen Vereinswesens ist eng mit der Industrialisierung verknüpft, als Menschen die starren ständischen Korporationen aufgaben, die das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben bislang geprägt hatten. Mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts entstanden zahlreiche Vereine, „Gesellschaften“, Verbindungen sowie Bünde.

# Wirtschaftlicher Verein

„Ein Verein, dessen Zweck auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, erlangt in Ermangelung besonderer bundesgesetzlicher Vorschriften Rechtsfähigkeit durch staatliche Verleihung“, § 22 S. 1 BGB.

Zuständig dafür ist eine Landesbehörde.

Ist der wirtschaftliche Verein durch Bundesgesetz zugelassen (wie zum Beispiel Erzeugergemeinschaften nach dem Marktstrukturgesetz), so ist die Rechtsfähigkeit zu verleihen.

Der Verein wird nach Verleihung nicht im Vereinsregister eingetragen, sondern in Abteilung A des Handelsregisters. Es gibt nur wenige Dutzend wirtschaftliche Vereine kraft Verleihung in Deutschland.

# Nicht eingetragener Verein

Ein nicht eingetragener Verein wird gem. § 54 BGB wie eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts behandelt.

Obwohl ein nicht eingetragener Verein leichter zu gründen und traditionell staatsferner ist, weil die Kontrolle wegen der fehlenden Eintragung im Vereinsregister schwieriger ist, spricht meistens die volle Haftung der Mitglieder mit ihrem Privatvermögen gegen diese Variante. Allerdings ist oft von einer – auch stillschweigenden – Begrenzung der vertraglichen Haftung auf den Anteil am Vereinsvermögen auszugehen.

In der Rechtsform des nicht eingetragenen Vereins organisiert sind insbesondere: **Gewerkschaften, zum Teil Arbeitgeberverbände, politische Parteien, Studentenverbindungen sowie die Bundesärztekammer.**

# Die Genossenschaft

Eine Genossenschaft ist ein Zusammenschluss von natürlichen und/oder juristischen Personen, deren Ziel der Erwerb oder die wirtschaftliche, soziale und Kulturelle Förderung ihrer Mitglieder durch einen gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb ist. Hierbei wird zwischen **Verbraucher-, Bau-, Bank-, Absatz- und Produktionsgenossenschaften** unterschieden.

Sie zeichnet sich durch eine offene Mitgliederzahl aus, das heißt der Bestand der Genossenschaft ist unabhängig vom Aus- oder Beitritt der Mitglieder und ist Körperschaftsteuerpflichtig. Juristisch wird die Genossenschaft mit der Handelsgesellschaft gleichgestellt. Als Rechtsgrundlage gilt das Genossenschaftsgesetz (GenG) von 1889 mit den entsprechenden Novellierungen.

Sie ist ein über mehr als **2 Jahrhunderte im gesellschaftlichen Dialog erprobtes Grundmodell einer Entscheidungsstruktur für ökonomische Projekte**. In Deutschland ist etwa jeder 4. Bürger (insgesamt 22 Mio.), auf europäischer Ebene jeder 3. (140 Mio.) und auf globaler Ebene jeder 7. Erdenbürger (800-1000 Mio.) Genossenschaftsmitglied.

# Struktur einer Genossenschaft

## Mitgliederversammlung

(Vertreterversammlung,

Kannbestimmung ab 1500 Mitgliedern,  
früher Pflicht ab 3000 Mitglieder)

## Vorstand/Geschäftsführung

Aufsichtsrat

Genossenschaftsverband

(Prüfverband)

Ein Verein hat nur die Mitgliederversammlung und den Vorstand. Die Genossenschaft hat zusätzlich den Aufsichtsrat, der zwischen den jährlichen Mitgliederversammlungen die Interessen der Mitglieder gegenüber dem Vorstand vertreten soll. Vertreterversammlungen sollten zugunsten von Ausschüssen oder Arbeitsgruppen vermieden werden. Der Genossenschaftsverband überwacht die wirtschaftlichen Aktivitäten der Genossenschaften.

# **Genossenschaftsprinzipien**

Identitätsprinzip

Freiwillige und offene Mitgliedschaft

Demokratieprinzip

Förderprinzip

Rückvergütung

Beschränkte Kapitalverzinsung

Politische und konfessionelle Neutralität

Barzahlung

Bildungsarbeit

# Das Identitätsprinzip

Das Identitätsprinzip besagt, dass in Genossenschaften grundsätzlich zwei sonst durch den kapitalistischen Markt getrennte ökonomische Rollen des Individuums - die des Konsumenten und die des Produzenten - in einer Organisation vereint sind.

Mit dem Erwerb der Mitgliedschaft und der Zeichnung von Geschäftsanteilen ist das Mitglied **finanzieller Träger** der Genossenschaft.

Das Mitwirken in der Generalversammlung, im Vorstand bzw. im Aufsichtsrat ist nur einem Mitglied möglich und macht es damit zum **personellen Träger** der Genossenschaft.

Grundsätzlich ist das Mitglied auch der **Kunde** der Genossenschaft (Mitgliedergeschäft).

Geschäfte mit Nicht-Mitgliedern sind prinzipiell als genossenschaftsfremd anzusehen. Will eine Genossenschaft Nichtmitgliedergeschäfte tätigen (z.B. Probekäufe zulassen), muss dies in der Satzung ausdrücklich festgehalten werden.

Das Mitglied produziert in der Genossenschaft oder lässt in der Genossenschaft Güter und Dienstleistungen für sich produzieren und ist damit Produktdesigner, Auftraggeber und/oder **Produzent** in der Genossenschaft.

**Konsumenten** werden so ihr eigener **Eigentümer, Kreditgeber, Organisator und Produzent**. Dies entspricht auch Tofflers Prosument (1980).

In Wohnungs(bau)genossenschaften werden die Mieter ihr eigener Vermieter und - über die Mitglieder- oder Vertreterversammlung - ihr eigener Hausverwalter, ja sogar ihr eigener Bauherr. In Genossenschaftsbanken werden die Schuldner zum eigenen Gläubiger und - über die Mitglieder- oder Vertreterversammlung - prinzipiell Auftraggeber bzw. Verwalter der Bank. Auch in Wasser- und Energiegenossenschaften sind solche Strukturen verwirklicht. Die Rolle des Konsumenten und des Produzenten verschmelzen miteinander.

# Demokratieprinzip

Im Gegensatz zur Aktiengesellschaft oder der GmbH hat nach dem Demokratieprinzip der Genossenschaften jedes Mitglied eine Stimme, unabhängig von der Anzahl der erworbenen Geschäftsanteile. Allerdings wurde dieses Prinzip mit der letzten Novellierung des Genossenschaftsgesetzes (2006) durch die Möglichkeit eines Mehrstimmrechtes für Investoren durchbrochen.

Anders als in Parteien und Gewerkschaften galt in den Genossenschaften seit ihren Anfängen gleiches Stimmrecht für Männer und Frauen. Alle Mitglieder haben gleiche Rechte und Pflichten. Historische und aktuelle Beispiele zeigen allerdings, dass praktische Demokratie auch in den Genossenschaften wesentlich von der politischen Kultur der Mitglieder und Funktionäre abhängt.

# Rückvergütung

Genossenschaften sollten nach Möglichkeit gegen den Kapitalismus gerichtete profitfreie Räume bleiben. Überschüsse sollten den Mitgliedern als Abnehmern ihrer Produkte oder Dienstleistungen in Form einer, an der Inanspruchnahme der Genossenschaftsleistungen orientierten Rückvergütung (nicht an den Geschäftsanteilen orientierten Rendite) zurückgegeben werden. Sie wurde 1812 erstmals in einer Genossenschaft praktiziert, Diese Rückvergütung (der Gewinn kommt ja durch zu hoch kalkulierte Preise zustande) ist auch heute noch steuerfrei, weil sie vor Steuern vom Gewinn abgezogen werden kann und macht damit die Gemeinnützigkeit einer Genossenschaft im Grunde überflüssig.

# **Doppelfunktion des Begriffs Genossenschaft**

1. Angebots- oder Produktivgenossenschaften werden von den Beschäftigten betrieben und produzieren „solidarisch“ für den kapitalistischen Markt.
2. Nachfrage-, Konsum- oder Reproduktionsgenossenschaften werden von den Verbrauchern und den Beschäftigten gemeinsam betrieben. Produziert wird, was die Konsumenten brauchen. Mit ihnen können profitfreie Räume aufgebaut werden, da der Verbraucher bei seinem Einkauf keinen Profit braucht.

# Novellierung des Genossenschaftsgesetzes (2006)

- Der Name „Genosse“ wurde durch „Mitglied“ ersetzt
- Senkung von sieben auf drei Gründungsmitglieder
- Zulassung investierender Mitglieder
- Genossenschaften mit bis zu 20 Mitgliedern wird ein Ein-Personen-Vorstand ermöglicht
- Genossenschaften unter 20 Mitgliedern brauchen keinen Aufsichtsrat
- Erlaubnis für den Prüfverband, im Einzelfall auch externe Prüfer, z.B. Steuerberater, einzusetzen
- Statt postalischer Einladung: Einladung über die Mitgliederzeitung
- Stimmrecht auf der Generalversammlung auch schriftlich oder elektronisch
- Satzungsänderungen für die eine  $\frac{3}{4}$ -Mehrheit erforderlich ist, können nicht mehr durch eine Vertreterversammlung vorgenommen werden
- Durchschauprüfung bei kleinen Genossenschaften
- Geschäftsanteile sind Fremdkapital (zunächst nur Österreich)

# **Gesetzentwurf zur Einführung der Kooperationsgesellschaft und zum weiteren Bürokratieabbau bei Genossenschaften (KoopeG)**

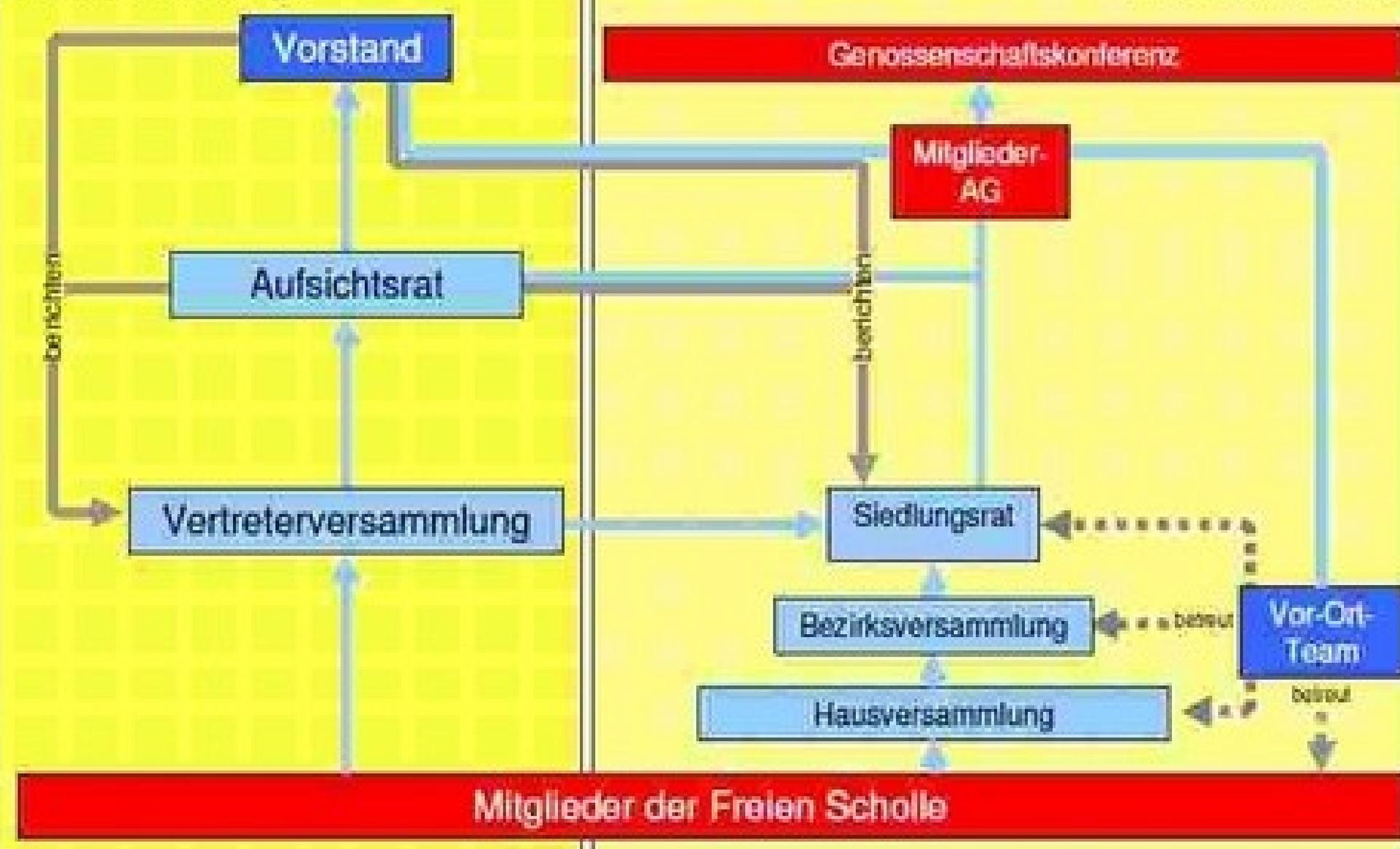
Kernstück ist die Einführung der Kooperationsgesellschaft (haftungsbeschränkt) als eine Unterform der eingetragenen Genossenschaft, die von der Pflichtmitgliedschaft und der genossenschaftlichen Pflichtprüfung befreit werden soll. Darüber hinaus sieht der Gesetzentwurf weitere Regelungen zum Bürokratieabbau für alle Genossenschaften vor, die auch außerhalb der ganz kleinen Unternehmen die Gründung von Genossenschaften fördern sollen. In diesem Rahmen ist vor allem auch die weitere Anhebung der Größenmerkmale für die Befreiung von der Jahresabschlussprüfung nach § 53 Abs. 2 GenG vorgesehen.

**GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und  
Immobilienunternehmen, März 2013**

## **4. Interne Ausgestaltung**

# Gesetzliche Selbstverwaltung

# Erweiterte Selbstverwaltung



Gremien nach Genossenschaftsgesetz

Gremien der Erweiterten Selbstverwaltung

Hauptamtliche Mitarbeiter

# Ausschüsse statt Vertreterversammlung

Bis in die 90er Jahre konnten die Genossenschaften ab 1500 Mitglieder eine Vertreterversammlung einrichten, die die Mitgliederversammlung im wesentlichen ablöste, ab 3000 Mitgliedern war das Pflicht. Wegen der schlechten Erfahrungen mit Vertretern, die sich für alles und nichts zuständig fühlten, wurde die Pflicht ab 3000 Mitgliedern gestrichen, die Kannbestimmung ab 1500 Mitgliedern blieb jedoch bestehen.

Statt einer Vertreterversammlung, die die Genossenschaft verkrusten lässt, sollten Ausschüsse oder Arbeitsgruppen eingerichtet werden. In Wohnungsgenossenschaften wäre das beispielsweise für folgende Aufgaben sinnvoll:

- Belegung
- Finanzen/Preisgestaltung
- Ökologie/Wärmedämmung/Heizen/Solarenergie
- Begrünung des Geländes, der Wände und der Dächer
- Lebensmittelbeschaffung/Konsum
- Soziales
- Kultur

# Genossenschaft von unten

Die Initiative „Genossenschaft von unten“ hat sich im Februar 2008 mit Unterstützung der Berliner Mietergemeinschaft gegründet, als die

Unzufriedenheit der Mitglieder in vielen Berliner

Wohnungsgenossenschaften immer weiter zunahm, da diese sich immer stärker privaten Wohnungsunternehmen annäherten und die Nutzungsentgelte immer weiter stiegen.

In der Initiative haben Mitglieder aller

Wohnungsbaugenossenschaften die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen, um sich über genossenschaftsrelevante Themen und Erfahrungen auszutauschen und zu diskutieren sowie sich in einer

Gruppe für die „gute Sache“ zu engagieren. Ziel ist es, Mitgliederrechte und Demokratie in den Wohnungsgenossenschaften zu stärken.

Es wurden Vorschläge zur Änderung des Genossenschaftsgesetzes erarbeitet und eine Mustersatzung für Genossenschaften erstellt.

## **5. Die Apo und ihre Folgen**

## Antikapitalistische Projekte der „68-er Apo“

An den Universitäten herrschte „unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren“ und auch gegen Eltern, Schule und Gesellschaft mussten wir 68er uns zur Wehr setzen. Wir planten eine antiautoritäre, partizipative Demokratie.

Schon 1967 befassten wir uns mit der Gründung der Kinderläden und der Kritischen Universität, im Gesundheitswesen betrieben wir mit den Soziologen der FU die sehr aktive „Babelsberger Straße“, eine Krankenhausarbeitsgruppe und als neues Medium für die Basis haben wir im Januar 1989 die wöchentlich erscheinende Agit 883 gegründet.

Nach dem sehr erfolgreichen Tunix-Kongress im Januar 1978 haben wir beschlossen, im Gesundheitswesen weiter aktiv zu sein und u.a. den Ärztekammerpräsidenten Prof. Heim, einen Altnazi, abzulösen.

Wir gründeten 1978 den Berliner Gesundheitsladen, der 1980 den Gesundheitstag mit 12.000 Teilnehmern in Berlin durchführte. Durch ihn wurde u.a. der Alternativmedizin zum Durchbruch verholfen, indem sich Kongressteilnehmer in ihren Kliniken für diese Medizin einsetzten oder eine eigene alternativmedizinische Praxis eröffneten.

## Mehringhof

Ebenfalls 1978 wurde von einem „Sammelsurium verschiedener Initiativen aus der linksradikal-undogmatisch-alternativen Szene“ zwischen Tunix und Tuwat, dem auch ich angehörte, der Mehringhof gekauft, in dem auf 5000 m<sup>2</sup> Nutzfläche die Schule für Erwachsenenbildung, das Netzwerk Selbsthilfe, Stattbuch, Gesundheitsladen, der Verlag Ästhetik und Kommunikation, Mixed Media und das Kneipenkollektiv Spectrum etc. tätig wurden.

Der Mehringhof besteht noch immer als vielleicht größtes alternatives Zentrum in Deutschland, trotz unzähliger Razzien (auf der Suche nach Terroristen, Waffen und anderem) und all der Jahre und gesellschaftlichen Entwicklungen, die ins Land gegangen sind.

# Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft Berlin e.V. (EVG)

Das **Ökodorf** hat in den 80er Jahren jedes Jahr parallel zur „Grünen Woche“ die **„Giftgrüne Woche“** veranstaltet, an der auch ich mitwirkte. 1982 waren 3 Niedersächsische Ökobauern eingeladen worden, die in Berlin Abnehmer für ihre Öko-Produkte suchten.

Mit ihnen bauten wir ab 1982 eine der ersten EVGen in Deutschland auf. Wir weiteten den Vertrieb schrittweise aus und standen schließlich auf **13 Wochenmärkten und in 2 Bioläden** von Zehlendorf bis Reinickendorf und Kreuzberg bis Charlottenburg unseren 850 Mitgliedern fast flächendeckend zur Verfügung. Der Mitgliederbeitrag betrug symbolische 5 DM pro Monat. Mitgliedern wurde beim Einkauf ein Rabatt von 20% gewährt, Nichtmitglieder konnten Probeeinkäufe tätigen.

Weil wir für eine Professionalisierung des Unternehmens kein ausreichend qualifiziertes Personal finden konnten, stellten wir 1989, mit der Wende, den Betrieb ein.

Fazit: Die Initiative ging, nicht wie ehemals in Rochdale von den Verbrauchern, sondern von den Bauern, den Produzenten, aus, aber, und das wurde mit der EVG realisiert, Produzenten brauchen in erster Linie solidarische Abnehmer um nachhaltig und sozialgerecht produzieren zu können.

# **Berliner Linux-User-Group (BeLUG)**

Aus dem Individual Network Berlin (IN-Berlin) heraus, dem ersten Internetprovider Deutschlands für private Internetnutzer, entstand 1995 die Berliner Linux User Group (BeLUG) mit einer Veranstaltungsreihe zu Linux an der Humboldt-Universität. Sie führte 1995 mit dem wissenschaftlichen Springer-Verlag den zweiten Internet- und Linux-Kongress in Berlin durch.

Linux Torvalts, damals noch Student in Helsinki, hat als Gast des Kongresses der BeLUG, die sich noch im Institut für Informatik der Humboldt-Universität in der Lindenstraße traf, sein Kernel-Projekt vorgestellt.

Mit dem Umzug der Informatiker nach Adlershof traf sich die BeLUG in den Räumen des Individual Network Berlin e.V. (IN-Berlin).

Um das Jahr 2000 wurden mit meiner Beteiligung die Berliner Linux Infotage in den Räumen des „Akademischen Vereins Hütte“ und später auch in Räumen der Technischen Universität Berlins durchgeführt.

Seit 2002 als e.V. anerkannt ist sie heute ein regelmäßiger Treffpunkt für EDV-Fachleute und ambitionierte Laien rund um das Betriebssystem Linux. Jeder der sich für Linux interessiert, kann zu den Treffen kommen, Vorträge hören oder halten, sich an den Projekten beteiligen oder in der Mailingliste mitdiskutieren.

## **Offene Universität Berlins (OUBS)**

Die Offene Uni Berlins (OUBS) war eine Plattform für alternative Bildung, Kultur und Politik, die während des Studentenstreiks im Dezember 2003 gegründet wurde und sollte genutzt werden, um konkrete Alternativen zur Bildungspolitik aufzuzeigen, gegen die sich die Proteste richteten.

Die Offene Uni agierte 2003 zunächst in Räumen eines besetzten Seminargebäudes der Humboldt-Universität (HU) in der Dorotheenstr. Ab Sommer 2004 erfolgte eine Verlegung in ein Häuschen auf dem sehr abgelegenen Nordcampus der HU.

Während der Besetzungen kristallisierte sich bei den Initiierenden heraus, dass ihr Ziel nicht das Schließen der Universitäten war, sondern im Gegenteil ihre Öffnung, weil große Teile der Gesellschaft von Bildungseinrichtungen ausgeschlossen seien und ihnen ein alternatives Angebot zur Verfügung stehen sollte.

Die OUBS wollte durch den Gedankenaustausch mit Betroffenen politisch aufklären.

Am 06.10.2010 wurde die OUBS von der Polizei geräumt und verwüstet.

<http://deu.anarchopedia.org/OUBS>

# **7. Bauprinzipien der Commons**



## Elinor Ostrom bei der Nobelpreisverleihung

Elinor Ostrom (\* 7. 8.1933 in Los Angeles, Kalifornien, USA, † 12.6.2012 in Bloomington, Indiana, USA) war Professorin für Politikwissenschaft an der Indiana University in Bloomington. Von 1996 bis 1997 war sie Präsidentin der American Political Association.

2009 wurde ihr als erster Frau der Wirtschaftsnobelpreis zuerkannt. Ostrom habe gezeigt, „*wie gemeinschaftliches Eigentum von Nutzerorganisationen erfolgreich verwaltet werden kann*“, heißt es in der Würdigung der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften.

Mit Ostroms Hauptwerk „*Governing the commons. The evolution of institutions for collective action*“ wird weltweit ein neues Denken angestoßen: Es geht nicht mehr allein um staatliche Regulierungsfragen, sondern darum, wie die Erde als Ganzes genutzt und gepflegt, wie dieses Gemeingut gemeinsam nachhaltig und sozial gestaltet werden kann.

# **Bauprinzipien langlebiger Allmenderessourcen-Institutionen**

1. Klar definierte Grenzen und ein wirksamer Ausschluss von externen Nichtberechtigten.
2. Regeln bezüglich Aneignung und Bereitstellung der Allmenderessourcen müssen an die lokalen Bedingungen angepasst sein.
3. Die Betroffenen nehmen an Vereinbarungen zur Änderung der Regeln teil.
4. Überwachung der Einhaltung der Regeln durch die Betroffenen.
5. Abgestufte Sanktionsmöglichkeiten bei Regelverstößen.
6. Mechanismen zur Konfliktlösung.
7. Die Selbstbestimmung der Gemeinschaft wird durch übergeordnete Regierungsstellen anerkannt.
8. Einbettung in ein komplexeres System

Tabelle 5.2. Bauprinzipien und Qualität der Institutionen

	klar definierte Grenzen und Teilnehmer	kongruente Regeln	Arenen für kollektive Entscheidungen	Überwachung	Abgestufte Sanktionen	Konfliktlösungsmechanismen	Anerkanntes Organisationsrecht	Eingebettete Unternehmen	Qualität der Institutionen
Törbel, Schweiz	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nr <sup>a</sup>	robust
japanische Bergdörfer	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nr	robust
Valencia, Murcia u. Orihuela, Spanien	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	robust
Raymond-, West-Coast- u. Central-Becken (gegenwärtig)	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	robust
Alicante, Spanien	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja <sup>b</sup>	ja	robust
Bacarra-Vintar, Philippinen	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	robust
Alanya, Türkei	nein	ja	schwach	ja	ja	schwach	schwach	nr	fragil
Gal Oya, Sri Lanka	ja	ja	ja	ja	c	schwach	schwach	nr	fragil
Port Lameron, Kanada	ja	ja	schwach	ja	ja	ja	nein	nein	fragil
Bucht von Izmir u. Bodrum, Türkei	nein	nein	nein	nein	nein	nein	schwach	nein	gescheitert
Mawelle, Sri Lanka	nein	ja	nein	ja	ja	nein	nein	nein	gescheitert
Kirindi Oya, Sri Lanka	ja	nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein	gescheitert
Raymond-, West-Coast u. Central-Becken (früher)	nein	nein	nein	nein	nein	ja	ja	nein	gescheitert
Mojave-Grundwasserbecken	nein	nein	ja	nein	nein	ja	ja	nein	gescheitert

<sup>a</sup> nr = nicht relevant

<sup>b</sup> mit zwei größeren Ausnahmen von 1739 bis 1840 und von 1930 bis 1950

<sup>c</sup> Informationen fehlen

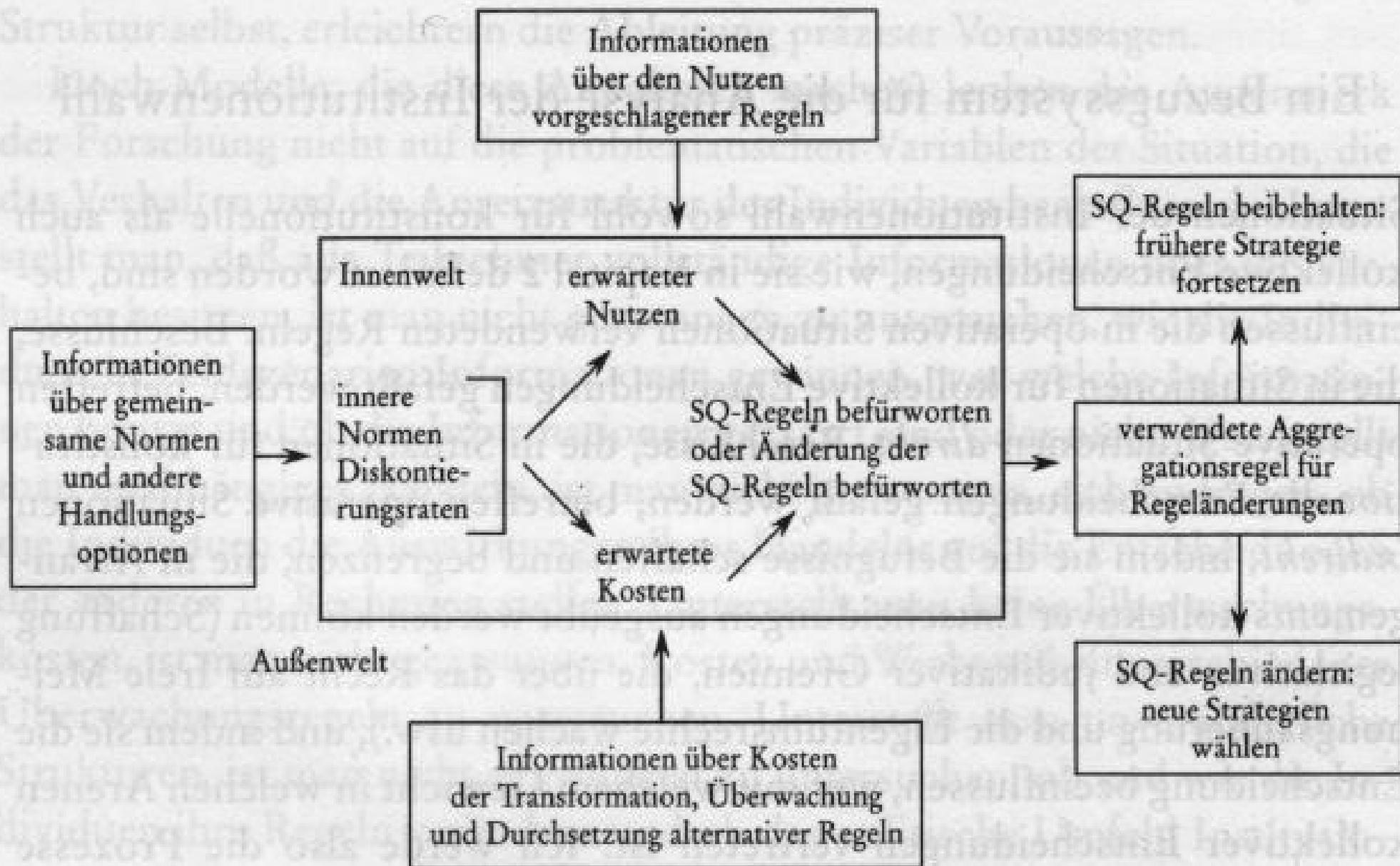
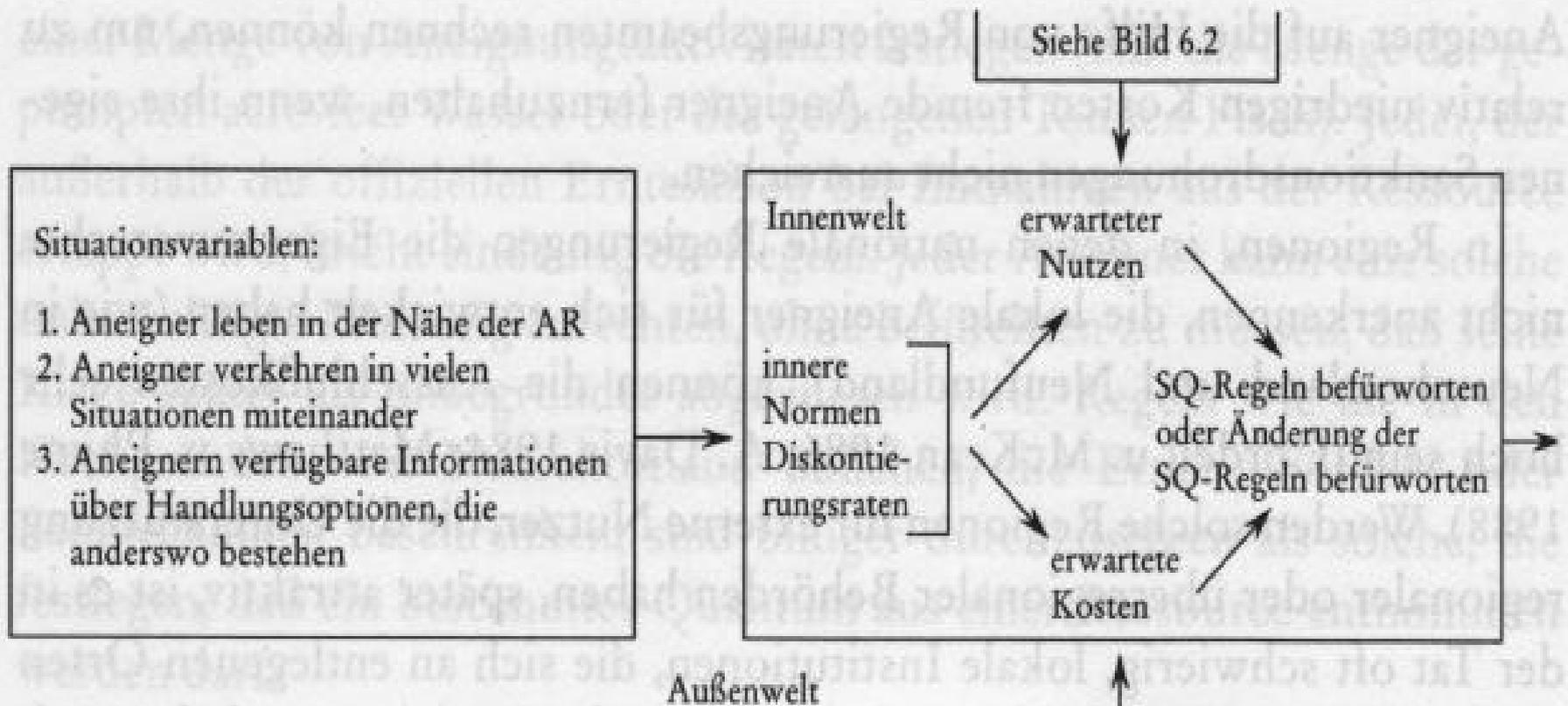


Bild 6.1. Übersicht über die Variablen, die die Institutionenwahl beeinflussen



*Bild 6.5.* Situationsvariablen, die innere Normen und Diskontierungsraten beeinflussen

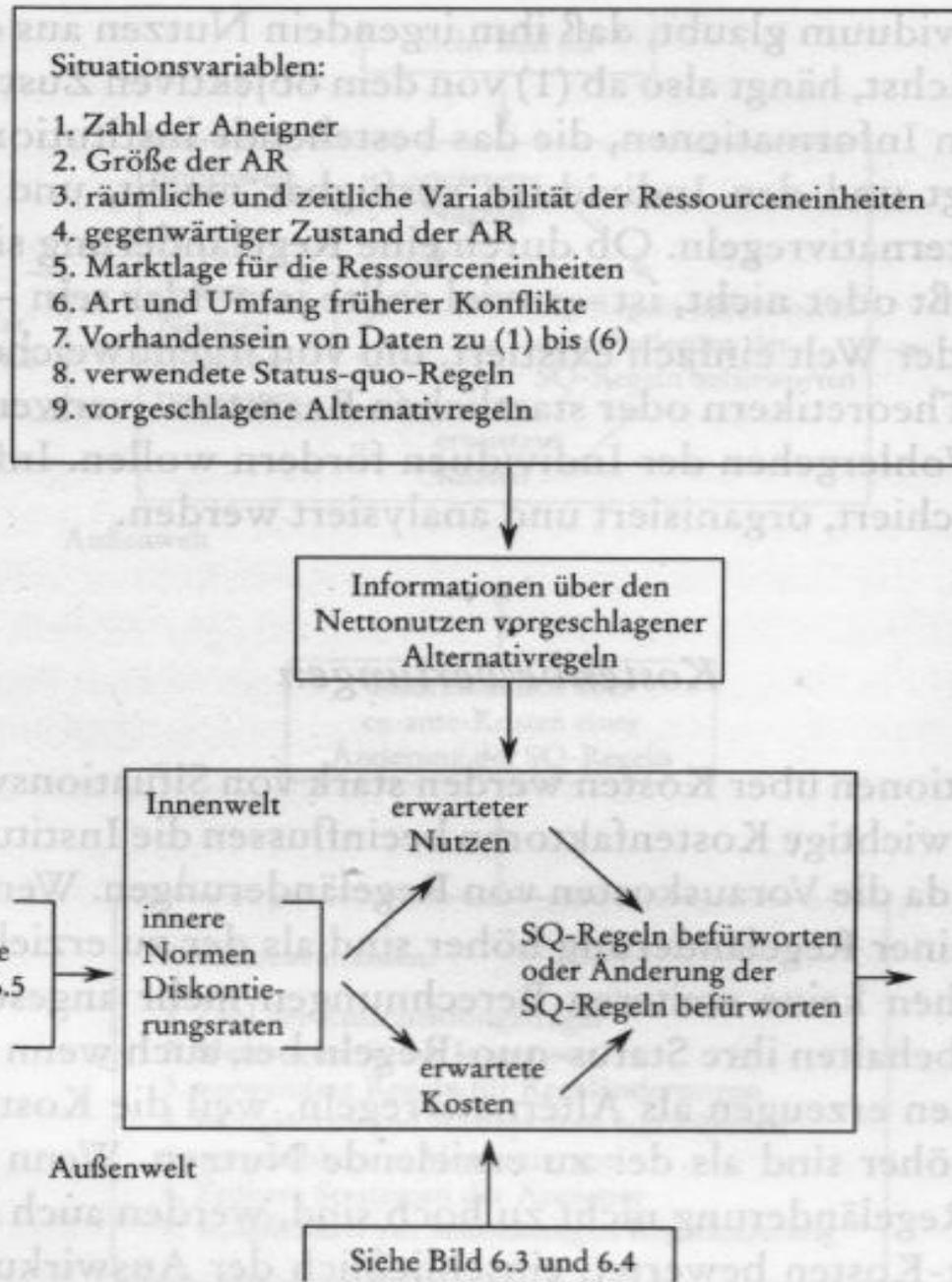


Bild 6.2. Situationsvariablen, die die Beurteilung des Nutzens einer Institutionenwahl beeinflussen

Ein Bezugssystem für die Analyse der Institutionenwahl

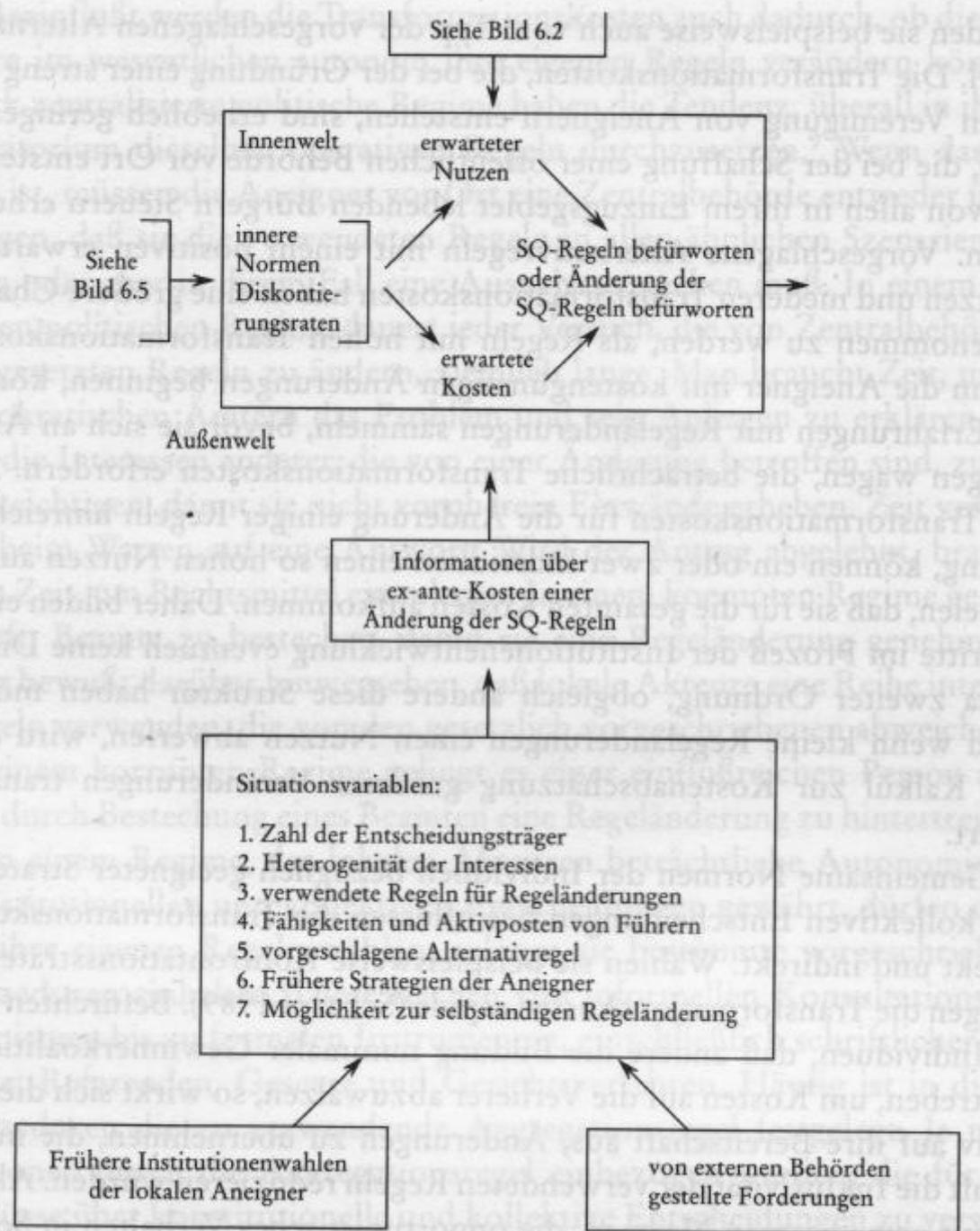


Bild 6.3. Situationsvariablen, die die Beurteilung der Kosten einer Änderung der Status-quo-Regeln beeinflussen

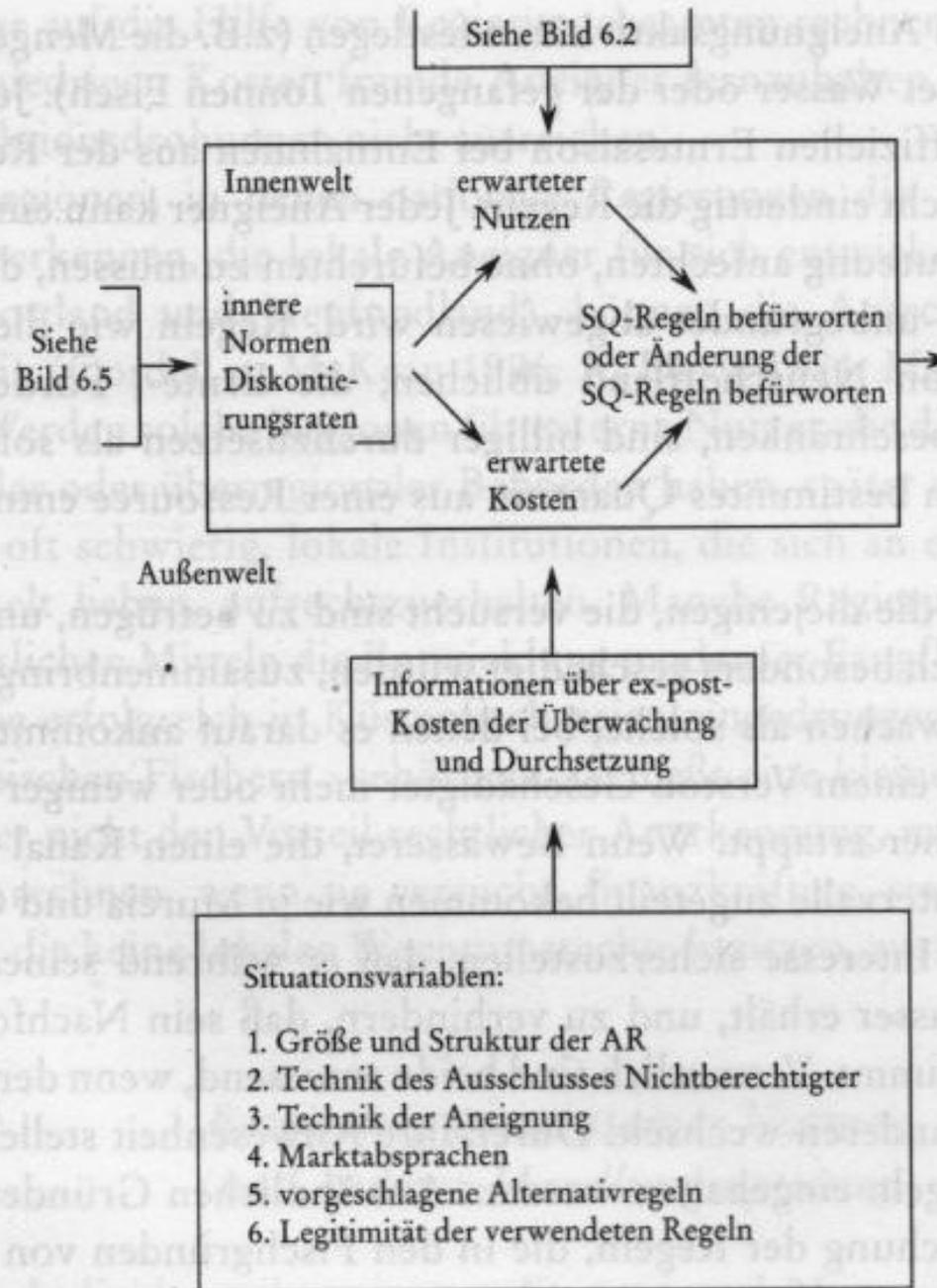


Bild 6.4. Situationsvariablen, die die Beurteilung der Überwachungs- und Durchsetzungskosten beeinflussen

## **6. Aktuellere/solidarische ökonomische Konzepte**

# Transition Town Initiative (TTI)

Ausgehend von der Erfahrung, dass die nationale und internationale Politik nicht entsprechend auf die Herausforderungen des Klimawandels und des bevorstehenden globalen Ölförder-maximums (Peak Oil) reagiert, haben im Rahmen der Transition Town Bewegung (etwa „Stadt im Wandel“) seit 2006 Umwelt- und Nachhaltigkeitsinitiativen in vielen Städten und Gemeinden der Welt begonnen, den geplanten Übergang in eine postfossile, regionalisierte Wirtschaft vorzunehmen. Initiiert wurde die Bewegung u. a. von dem irischen Permakulturalisten Rob Hopkins.

Die erste deutsche Initiative wurde in der Kreuzziger Str. 19 in Berlin-Friedrichshain gegründet, aus der sich die Initiative SO36 im Weltraumladen in der Ratiborstr. 4 in Kreuzberg ausgegründet hat (die Kiezwandler). Sie hat eine Versorgungsgemeinschaft für Lebensmittel (CSA) eingerichtet und eine Obstbaumplantage auf dem ehemaligen Görlitzer Bahnhof angelegt.

## **Nichtkommerzielle Landwirtschaft (NKL)**

Zunächst wurden Umsonstläden eingerichtet, die von Konsumenten auf Spendenbasis betrieben wurden. Auch der Karlshof, ein Bauernhof in Templin arbeitete nach diesem Prinzip. Aber solche Konzepte setzen zumindest mietfreie Räumlichkeiten bzw. pachtfreie Ländereien und ehrenamtliche Mitarbeiter voraus, die im neoliberalen Umfeld dauerhaft kaum zur Verfügung stehen.

Eine in diesem landwirtschaftlichen Umsonstprojekt Mitwirkende wunderte sich, dass auf der einen Seite die Produkte verschenkt werden, auf der anderen Seite aber mühsam versucht wird, Spenden einzutreiben.

Diese Spenden erlauben den Mitwirkenden nur ein recht prekäres Dasein. Statt der auf dem Karlshof mindestens benötigten monatlichen 1000 € kamen Spenden von insgesamt nur etwa 550 € zusammen.

Grenzen des Konzeptes zeigten sich u.a. auch, als man wegen der häufig wechselnden Personen auf dem Hof festgestellt hat, dass die Entscheidungsstruktur nicht ausreichend festgelegt ist.

Die Umsonstökonomie funktioniert möglicherweise nur mit Produkten, die nicht „verbraucht“ sondern problemlos kopiert werden können.

Wegen tiefgreifender persönlicher und inhaltlicher Konflikte sah das Kollektiv das Projekt Lokomotive Karlshof als gescheitert an.

Der Kartoffelanbau wird seitdem von Mitgliedern des Berliner Kartoffelcafés, der Abnehmer und Förderrunde des Karlshofs, ersatzweise weitergeführt

# Das Allmende-Kontor

*„In Berlin gibt es inzwischen über 60 Gemeinschaftsgärten. Sie stellen und beantworten zentrale Fragen der Stadtgesellschaft: zu sozialer, kultureller und biologischer Vielfalt, Partizipation, Stadtökologie, Versorgung und Konsum, Bildung und Gesundheit. Für alle bestehenden und neuen Initiativen, für InteressentInnen und Akteure des gemeinschaftlichen Gärtnerns und der urbanen Landwirtschaft in Berlin, will das Allmende-Kontor eine Anlauf- und Vernetzungsstelle, Wissensspeicher, Lernort und ein Garten für alle sein. Seit April 2011 gedeiht der Garten zunächst als Zwischennutzung auf dem Tempelhofer Feld auf einer Fläche von 5000 m<sup>2</sup> mit über 300 Hochbeeten und 700 GärtnerInnen .*

*Öffentlicher städtischer Freiraum wird hier durch gemeinschaftliche, kooperative Nutzung und Gestaltung als Allmende [Gemeinschaftsgut] ins Bewusstsein gebracht, erleb- und gestaltbar gemacht.“*

## **VG - Verbrauchergemeinschaft für umweltgerecht erzeugte Produkte eG**

Diese Verbrauchergemeinschaft wurde 1994 in Dresden als Verein gegründet. Nach Ausgliederung des wirtschaftlichen Teils (Mitgliederläden) in eine Genossenschaft im Jahr 2005 beschäftigt sich der Verein ausschließlich mit Öffentlichkeitsarbeit.

Die Genossenschaft betreibt in Dresden vier Läden. Der Verkauf erfolgt grundsätzlich nur an Mitglieder. Die Finanzierung der Läden (Löhne, Miete u.ä.) erfolgt dabei über monatliche Mitgliederaufwendungen (Beiträge), weniger über Warenaufschläge. Dadurch wird ein weitgehend umsatzunabhängiges Wirtschaften möglich. Die VG hat jetzt über 6.500 Mitglieder.

Das Anliegen der VG ist es, insbesondere regionale Biobetriebe bei der Vermarktung ihrer Produkte zu unterstützen. Ein großer Teil des Frischesortimentes (Obst, Gemüse, Backwaren, Molkereierzeugnisse, Getränke) stammt aus der Region. Insgesamt wird sie von ca. 30 landwirtschaftlichen Betrieben der Region direkt beliefert.

Es gibt in den Läden ein internes Logo zur Bezeichnung von Regionalprodukten. Es dient zur Orientierung in den Läden und zur Stärkung der Grundgedanken der VG: Förderung des regionalen, ökologischen Landbaus, Landschaftspflege, Natur- und Umweltschutz, sowie der Verbraucheraufklärung.

Überregionale Produkte erhält sie von verschiedenen Naturkostgroßhändlern bzw. Herstellungs- und Verarbeitungsunternehmen. Alle Produkte im Lebensmittelbereich, auch die nicht besonders gekennzeichneten, stammen aus ökologischer Produktion. Die Genossenschaft legt Wert auf die Förderung von Produkten aus fairem Handel.

# Berliner „CSA“-Projekte

- Versorgergemeinschaft Löwengarten
- Gemüse-Versorger-Gemeinschaft Solidarische Wilde Gärtnerei
- Mühlengarten Selbstversorgung
- Bienenwerder
- Siebengiebelhof
- Hof Schwalbennest
- Melchhof bei Eberswalde
- Alte Mühle Gömnik
- Luch-Gärtnerei

In vielen Berliner Bezirken und Kiezen werden zur Zeit spezielle Verteilerstellen eingerichtet, die in ihrer Gruppe die Verteilung der Produkte jeweils eines „CSA“-Hofes übernehmen. Ob sich daraus ein geschlossenes Vertriebsnetz aufbauen läßt, wird sich zeigen.

Während die VG's den Vertrieb der Lebensmittel organisieren und finanzieren, finanzieren die CSA-Projekte die Produktion und organisieren den Vertrieb ehrenamtlich.

# **Dorfläden und Dorfladennetzwerk in Deutschland**

In bereits rund 200 Ortschaften in Deutschland gibt es Dorfprojekte, die schon in den ersten zwei bis drei Jahren schwarze Zahlen schreiben.

Über das Angebot von Milch und Käse hinaus helfen Jugendliche Senioren im Umgang mit dem Internet. Müttern dient das Ladenlokal als Treffpunkt. Schulkinder erhalten warmes Mittagessen.

Es entstehen Dorfgemeinschaftshäuser mit Einkaufs-, Kommunikations- und Bildungsmöglichkeiten.

## **Vorteile eines Dorfladens:**

Arbeit und Geld bleiben in der Region

Produkte aus der Heimat

Einzigartigkeit der Produktpalette

gesunde und bewußte Ernährung

Verantwortung gegenüber der Natur

Qualität

kürzere Fahrwege

höhere Wertschätzung der Erzeuger

Steigerung der Attraktivität und Existenzsicherung des Ortes

Kommunikation

Vermittlung von Kenntnissen

# Dorfbewegungen in Europa

Die Bürger von eingemeindeten Dörfern ärgern sich, dass die ihre Ortschaft betreffenden Entscheidungen nicht mehr von ihnen selbst getroffen werden können, sondern nur noch von außen, von der übergeordneten Gemeinde, kommen.

Deshalb haben sich in Finnland und Schweden (1970), Dänemark (1976), Norwegen (1977), Holland (1979), England (1980), Schottland (1982), Wales und Irland (1990), Estnien (1992), Portugal (1993), Ungarn (1998), Slowakei (2000), Island (2001), Polen und Litauen (2002) Slowenien (2003) und Lettland (2004) Dorfbewegungen u.a. in Vereinen mit bis zu 4000 Dörfern zusammengefunden.

*„Eine Dorfaktions-Bewegung ist eine leise Revolution. Sie will Akteure des jeweiligen Dorfes motivieren und befähigen, ihre Zukunft selbst zu gestalten – indem sie eigene Dorfentwicklungspläne ausarbeiten, lokale Aktionen zu deren Realisierung organisieren und partnerschaftliche Beziehungen zu den Örtlichen Behörden aufbauen.“ (Vanessa Halhead, 2004)*

# Neustart Schweiz

**Neustart Schweiz** hat mit dem Aufbau von vielfältigen Nachbarschaften und **Nachbarschaftszentren** begonnen, die als selbständige wirtschaftliche und soziale Organismen die wichtigsten Bedürfnisse des Alltags abdecken (Begegnung, Versorgung, Dienstleistung, Freizeitgestaltung). Das ökologische und soziale Potenzial solcher Nachbarschaften mit 500 bis 1000 BewohnerInnen ist erheblich.

Auf der Landseite werden komplementär **Agrozentren** eingerichtet, in denen die Bauern ihre Produkte zusammentragen, aufbereiten, abpacken und gemeinsam in die urbanen Nachbarschaftszentren transportieren können. Das Agrozentrum entwickelt sich ebenfalls zum sozialen und kulturellen Zentrum. Erste Erfahrungen mit diesen Zentren sind sehr positiv.

Neustart Schweiz schreibt dazu: „**Nachbarschaften und Bauernhöfe sind heute zwei »lose Enden« unseres Systems, die beide unbefriedigend funktionieren.** Bäuerinnen und Bauern möchten gerne für Verbrauchende produzieren, die sie kennen und von denen sie endlich Anerkennung für ihre Arbeit bekommen. Sie möchten von ihrer Arbeit und nicht von Direktzahlungen leben. Die Konsumentinnen und Konsumenten möchten wissen, woher ihre Nahrungsmittel kommen und sie möchten von den niedrigeren Preisen profitieren, die bei saisonal und lokal erzeugten Produkten ohne Zwischenhandel möglich würden - auch ohne Subventionen.“

## **Kommunale Räte in Venezuela**

Im Jahre 2006 wurde das Gesetz über Kommunale Räte verabschiedet und löste eine explosionsartige Gründungswelle dieser Räte (consejos comunales) aus. Entscheidungsorgan dieser Räte sind die Nachbarschaftsversammlungen. Alle BewohnerInnen ab dem 15 Lebensjahr wählen SprecherInnen für verschiedene Bereiche wie Bildung, Gesundheit oder Infrastruktur, die die Arbeit der Kommunalen Räte unterstützen. Mehrere kommunale Räte können sich zu einer Comuna und mehrere Comunas und Räte schließlich zu einer Kommunalen Stadt zusammenschließen. Ihre Zahl beträgt aktuell etwa 50.000. Sie bestehen in städtischen Gebieten aus etwa 200 bis 400, in ländlichen Gebieten aus 20 und in indigenen Gemeinden aus 10 Familien. Finanziert werden die Räte durch den Staat und seine Institutionen.

Die kommunalen Räte sollen bevorzugt die in Venezuela bereits bestehenden etwa 200.000 Kooperativen mit Aufträgen versehen, ja sie können sogar selbst Kooperativen gründen. Die Kooperativen haben damit eine beachtliche Zahl von Auftraggebern erhalten, die ihre Situation und die der gesamten Gesellschaft grundlegend stabilisieren können. Über sie werden die Verbraucherinteressen direkt in die Produktion eingebracht.

# Central Cooperativa de Servicios Sociales del Estado Lara (Cecosesola)

1967 als Transportunternehmen mit letztlich 127 Bussen gegründet.  
1979 Konkurs, führt zur Umstrukturierung der Organisationsgrundsätze.

Heute arbeiten in 22 Stadtteilbasiskooperativen und 45 Produktions- und Versorgungskooperativen 2.000 Menschen mit 40.000 aktive Cooperatistas und über 140.000 assoziierte Mitglieder zusammen, **ohne dass ein Vorstand oder eine Mehrheit die Abstimmungen entscheidet. Kernelemente sind Basisentscheidung, Rotation und Konsens.**

Die Produktionsstätten liegen in einem Umkreis von 160 km um die Millionenstadt Barquisimeto. Wöchentlich werden rund 50.000 Familien mit rund 450t Obst und Gemüse versorgt. Ein eigenes Gesundheitszentrum versorgt monatlich 10.000 Menschen.

2009 wurde ein mit eigenen Mitteln (780.000 Dollar) errichtetes Krankenhaus eröffnet.

# **8. Virtuelle Entscheidungsstrukturen**

# „Virtuelle“ Entscheidungsstrukturen von Open-Source/Content-Projekten

- GPL/Copyleft
- Linux
- Debian
- KDE
- LibreOffice
- Mozilla
- Seamonkey
- Drupal
- . . .
- Wikipedia
- Hostsharing
- Fairnopoly
- Liquid democracy

# GNU General Public/Copyleft Licence

Die GNU General Public License wurde von Richard Stallman am MIT entwickelt und ist die am weitesten verbreitete Software-Lizenz.

Sie garantiert den Endnutzern (Privatpersonen, Organisationen, Firmen) die Freiheiten garantiert, die Software nutzen, studieren, verbreiten (kopieren) und ändern zu dürfen. Sie wird deshalb Freie Software genannt.

Die GPL-Lizenz kann von jedem verwendet werden, um die Freiheitsrechte der Endnutzer sicherzustellen. Sie ist die erste Copyleft-Lizenz für den allgemeinen Gebrauch. Copyleft bedeutet, dass Änderungen oder Ableitungen von GPL-lizenzierten Werken nur unter den gleichen Lizenzbedingungen (also eben GPL) vertrieben werden dürfen. Damit gewährt die GPL den Empfängern eines Computerprogramms die Freiheitsrechte Freier Software und nutzt Copyleft, um sicherzustellen, dass diese Freiheiten bei Weiterverbreitung erhalten bleiben, auch wenn die Software verändert oder erweitert wird. Freizügige Lizenzen wie die BSD-Lizenz hingegen fordern nicht das Copyleft.

# Linux

Große Projekte wie der Linux-Kernel sind meist zwiebel förmig aufgebaut: um den zentralen Maintainer Linus Torvalds herum gibt es eine Reihe von MaintainerInnen, die für einzelne Teilbereiche zuständig sind, die u.U. ihrerseits wiederum auf dieselbe Weise in mehrere Bereiche unterteilt sind.

Die Maintainer entscheiden dabei für ihren Teilbereich, welche Patches und Bugfixes sie annehmen und nach oben weitergeben. Maintainer für Teilbereiche werden dabei entweder von dem übergeordneten Maintainer benannt oder es handelt sich um InitiatorInnen eines (Teil-)Projekts oder von diesen benannte Nachfolger. Positionen werden also meist nicht aufgrund von Wahlen besetzt, sondern aufgrund einer Maintainer-Entscheidung oder einfach dadurch, dass die Nachfolger eine Rolle übernehmen und sich ihrer als würdig erweisen – in beiden Fällen basiert ihr Einfluss auf ihrer Reputation, sie sind abhängig von dem Urteil der anderen EntwicklerInnen.

# Debian

Debian wurde im August 1993 von Ian Murdock ins Leben gerufen und wird seitdem aktiv gemeinschaftlich als freies Betriebssystem weiterentwickelt. Debian GNU/Linux, das auf den grundlegenden Systemwerkzeugen des GNU-Projektes sowie dem Linux-Betriebssystemkern basiert, ist eine der ältesten, einflussreichsten und am weitesten verbreiteten GNU/Linux-Distributionen. Das heute bekannteste Debian-GNU/Linux-Derivat ist Ubuntu.

Heute hat das Projekt über 1000 offizielle Entwickler. Debian-Entwickler kann jeder werden, der den sogenannten New-Member-Prozess erfolgreich durchläuft: Bewerber werden hinsichtlich ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten geprüft, außerdem wird sichergestellt, dass sie mit der Ideologie des Projektes vertraut sind.

# **KDE (Kool Desktop Environment) I**

Das Projekt wurde am 14. Oktober 1996 von Matthias Ettrich ins Leben gerufen. Heute zählt KDE, die Zahl der aktiven Entwickler (ca. 2400) und die der Benutzer betreffend, zu den größten Projekten im Bereich der Open-Source-Software. Der steigende Funktionsumfang wurde von einer starken internen Differenzierung in viele Subprojekte begleitet. Insgesamt siedeln sich um das Projekt inzwischen 24 Unterprojekte an. Die Vertretung des Projekts nach außen übernahm der 1997 gegründete gemeinnützige, in Deutschland eingetragene Verein KDE e. V. Er hilft bei der Ausrichtung der Konferenzen und Treffen der Projektmitglieder. Möchte man sich als aktiver Entwickler am Projekt beteiligen, ist man zunächst gezwungen seine lokal (d.h. am eigenen PC) erstellten Änderungen („Patches“) der Software an den „Maintainer“ die Mailingliste oder das „ReviewBoard“ des entsprechenden Subprojekts zu senden. Dort werden die Änderungen von Erfahrenen Entwicklern geprüft und, sofern sie den technischen Erfordernissen entsprechen und nicht zu Instabilitäten im bereits vorhandenen Code führen, in den Quellcode implementiert.

## KDE (Kool Desktop Environment) II

Trotz der offensichtlich niedrigen Eintrittskriterien bilden sich in dem Projekt starke Verhaltenserwartungen aus, die an die Mitglieder gestellt werden und deren Akzeptanz unterstellt wird, wenn sich jemand im Projekt engagiert.

Die (formalen) Erwartungen bei KDE setzen sich aus zwei Komponenten zusammen, dem „Code of Conduct“ und der „SVN Commit Policy“.

Im „Code of Conduct“ sind Erwartungen festgehalten, die als Leitlinien der Zusammenarbeit und des Umgangs untereinander gelten sollen. Zu den im Verhaltenskodex festgehaltenen Erwartungen zählen ein respekt- und rücksichtsvoller Umgang miteinander, ein pragmatischer und kollaborativer Arbeitsstil ebenso, wie anderen Entwicklern Hilfe anzubieten aber auch Hilfe anzunehmen. In diesem Verhaltenskodex sind neben den Entwicklern explizit auch Nutzer einbezogen, da diese ebenfalls die Kommunikationsstrukturen des Projekts nutzen um Hilfestellungen bei Problemen zu bekommen, Fehler in der Software zu melden oder neue Funktionen vorzuschlagen.

Die zweite Komponente der formalen Erwartungen, die „SVN Commit Policy“, betrifft nur die Mitglieder. Zu den hier festgelegten Erwartungen zählt, dass Quellcode von anderen Mitgliedern nicht ohne deren Einverständnis verändert werden darf, dass Veröffentlichungspläne beachtet werden oder dass nicht-funktionierender Code nicht übermittelt werden darf.

## KDE (Kool Desktop Environment) II

Trotz der offensichtlich niedrigen Eintrittskriterien bilden sich in dem Projekt starke Verhaltenserwartungen aus, die an die Mitglieder gestellt werden und deren Akzeptanz unterstellt wird, wenn sich jemand im Projekt engagiert.

Die (formalen) Erwartungen bei KDE setzen sich aus zwei Komponenten zusammen, dem „Code of Conduct“ und der „SVN Commit Policy“.

Im „Code of Conduct“ sind Erwartungen festgehalten, die als Leitlinien der Zusammenarbeit und des Umgangs untereinander gelten sollen. Zu den im Verhaltenskodex festgehaltenen Erwartungen zählen ein respekt- und rücksichtsvoller Umgang miteinander, ein pragmatischer und kollaborativer Arbeitsstil ebenso, wie anderen Entwicklern Hilfe anzubieten aber auch Hilfe anzunehmen. In diesem Verhaltenskodex sind neben den Entwicklern explizit auch Nutzer einbezogen, da diese ebenfalls die Kommunikationsstrukturen des Projekts nutzen um Hilfestellungen bei Problemen zu bekommen, Fehler in der Software zu melden oder neue Funktionen vorzuschlagen.

Die zweite Komponente der formalen Erwartungen, die „SVN Commit Policy“, betrifft nur die Mitglieder. Zu den hier festgelegten Erwartungen zählt, dass Quellcode von anderen Mitgliedern nicht ohne deren Einverständnis verändert werden darf, dass Veröffentlichungspläne beachtet werden oder dass nicht-funktionierender Code nicht übermittelt werden darf.

# Wikipedia

Die Wikipedia braucht nicht nur neue „Autoren“, die Texte schreiben, sondern auch Korrekturleser, Foto-Freunde, die Artikel zu bebildern verstehen, Ordnungsfans, die Artikel kategorisieren, künstlerisch Begabte, die einen Artikel gut aussehen lassen, und viele weitere Helfer.

Zur Einführung existiert ein Tutorial.

Administratoren, die über die Aufnahme von Beiträgen bzw. Korrekturen oder Erweiterungen entscheiden, werden von Nutzern gewählt, die schon eine größere Anzahl von Beiträgen für Wikipedia beigesteuert haben.

Meinungsbilder kommen nicht durch bloßes Stimmenzählen (Sockenpuppen!) zustande, sondern durch Austausch von Argumenten.

# Hostsharing

Die Hostsharing eG ist der einzige deutsche Webhoster, der als Genossenschaft organisiert ist. Mitglied kann jede (auch juristische) Person werden. Hostsharing wurde am 6. Dezember 2000 gegründet und hat sich besonders der Nutzung und Unterstützung von Debian Linux und von Open-Source Software verschrieben.

Die Server werden von einem Teil der Mitglieder der Genossenschaft selbst verwaltet. Da neben dem Genossenschaftsanteil ein monatlicher Mitgliedsbeitrag erhoben wird, ist bereits ein kleines Webspace-Paket bei Hostsharing nicht mehr dem Billig-Hosting zuzurechnen. Viele Mitglieder von Hostsharing vermieten Webspace als Reseller weiter. Die Genossenschaft hat etwa 200 Mitglieder, die gemeinsam etwa 5000 Domains hosten.

Hostsharing schrieb Rechtsgeschichte, weil hier [erstmal eine virtuelle Generalversammlung](#) zur Anwendung gekommen ist. Der unter anderem aufgrund einer wissenschaftlichen Studie über Hostsharing im Jahre 2006 [geänderte Artikel § 43 des Genossenschaftsgesetzes](#) erlaubt nun auch die Möglichkeit, „dass Beschlüsse der Mitglieder schriftlich oder in elektronischer Form gefasst werden“. Hostsharing war die erste Genossenschaft, die eine derartige Formel in ihre Satzung übernahm und die virtuelle Generalversammlung der Mitglieder über das Internet ausübt. Als „virtuelles Unternehmen“ in genossenschaftlicher Form rückte Hostsharing zudem in den Fokus des wirtschaftswissenschaftlichen Interesses.

# Peer-to-Peer-Ökonomie

Nach den umfangreichen Vorarbeiten von Richard Stallman, Freie Software und insbesondere die General Public Licence (GPL) zu entwickeln, hatte Linus Torvalds die visionäre Eingebung, seinen neuentwickelten Kernel, Linux genannt, am 15.9.1991 im Quellcode der weltweiten Gemeinde der Softwareentwickler zur gemeinsamen Weiterentwicklung zur Verfügung zu stellen, die bis dahin nur kompilierte Codes und Lizenzen von Betriebssystemkerns kannten.

Es entfaltete sich die Produktion Freier Software (Linux, Apache, LibreOffice etc.) und des Freien Wissens (Wikipedia, OpenKnowledge).

Ganz wesentlich für die weitere Entwicklung von Kommunikation und Kooperation war auch die Erfindung (1989) und Implementierung (1991) des HTML-Protokolls durch Tim Berners Lee, Wissenschaftler am CERN in Genf. Auf der Basis all dieser Vorarbeiten hat sich eine **Peer-to-Peer-Produktion, der direkte Zusammenschluss von Konsument und Produzent, Abnehmer und Anbieter von Produkten und Dienstleistungen**, entwickelt und damit ist auch **Tofflers Prosument (1980) Realität.**

Investoren, Groß-, Zwischen- und Einzelhandel, Verlage etc. werden bei dieser Produktion Schritt für Schritt überflüssig. Werbung wird durch Produktinformation ersetzt, die auch sozioökologische Indices umfasst. Über Nutzergemeinschaften kann auch die Funktionalität und das Design der Produkte mitentwickelt werden.

# Fairnopoly

Im Kern ist Fairnopoly ein Online-Marktplatz: Man kann hier neue und gebrauchte Dinge kaufen und verkaufen. Darüber hinaus zeichnet sich Fairnopoly durch drei Kernelemente aus:

- Ein Faires Unternehmensmodell
  - Von anderen Online-Marktplätzen grenzen wir uns dabei bewusst durch folgende Eigenschaften ab:
    - Genossenschaft 2.0
    - Konsequente Transparenz
    - Fairness nach Innen und Außen
- Die Förderung von verantwortungsvollem Konsum
  - Fair gehandelte Ware
  - Gebrauchte Artikel
  - Informationen zu verantwortungsvollem Konsum
- Ein Beitrag zur Korruptionsbekämpfung
  - 1% für eine fairere Welt
  - Spendenfunktion für transparente Organisationen
  - Modellfunktion

# Sozioökologischer Verbrauchsindex I

Produkte einer solidarischen Ökonomie sollten aus Unternehmen stammen, die nachfolgende Kriterien erfüllen:

## 1. Soziale Kriterien:

- Keine Menschenrechtsverletzungen (Zwangsarbeit, Gefangenearbeit)
- Keine Kinderarbeit
- Faire und verbindliche Arbeitsverträge
- Die Löhne müssen mindestens die gesetzlichen und branchenüblichen Standards erfüllen oder sie übersteigen.
- Keine Diskriminierung des Geschlechts, des Alters, der ethnischen Abstammung, der Nationalität, der Hautfarbe, der sexuellen Orientierung, der politischen Meinung, der religiösen und sozialen Herkunft.
- Gesundes Arbeitsumfeld: Es sind klare Regelungen und Maßnahmen zur Arbeitsgesundheit und -sicherheit einzuführen und zu beachten.
- Solidarität: In Situationen oder Ländern, in denen die Versammlungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen gesetzlich eingeschränkt sind, sollen parallele
- Verfahren der unabhängigen und freien Organisation und Verhandlung gefördert werden.
- Menschenwürdige Arbeitszeiten: Überzeit darf nur auf freiwilliger Basis geleistet werden.
- Die höchste zulässige Arbeitszeit pro Woche beträgt 48 Stunden, die maximale wöchentliche Überzeit 12 Stunden. Auf sechs aufeinander folgende Arbeitstage muss mindestens ein freier Tag folgen.
- Keine Produkte aus widerrechtlichem Großgrundbesitz

# Sozioökologischer Verbrauchsindex II

## 2. Nachhaltigkeitskriterien:

- Regional erzeugt
- Gentechnikfrei
- Mit dem CO2-Label gekennzeichnet
- Sparsame Verpackung, keine Mogelpackungen
- Produktinformation statt Werbung
- Optimierung der Energiesparmaßnahmen
- Nicht per Luftfracht transportiert
- Entsorgungsbedingungen

## 3. Ökonomische Kriterien:

- selbst- oder fremdfinanziert? (Eigenkapitalanteil)
- kein leistungsloses Kapitaleinkommen  
(keine Betätigung auf den Finanzmärkten)
- Hohe Haltbarkeit der Produkte
- Reparierbarkeit

Von entscheidender Bedeutung ist natürlich die Überwachung der Einhaltung dieser Kriterien. Diese immense Aufgabe kann nur mit Hilfe der jeweiligen Verbraucher vor Ort geleistet werden. Eine entsprechende Datenbank müsste aufgebaut werden.



# GEMEINWOHL-MATRIX 4.1

Diese Version gilt für alle Bilanzen, die ab dem 15. März 2013 für das zurückliegende Bilanzjahr eingereicht werden.

WERT BERÜHRUNGSGRUPPE	Menschenwürde	Solidarität	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Gerechtigkeit	Demokratische Mitbestimmung & Transparenz
<b>A) LieferantInnen</b>	<b>A1: Ethisches Beschaffungsmanagement</b> Aktive Auseinandersetzung mit den Risiken zugekaufter Produkte / Dienstleistungen, Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte bei der Auswahl von LieferantInnen und DienstleistungnehmerInnen				90
<b>B) GeldgeberInnen</b>	<b>B1: Ethisches Finanzmanagement</b> Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte bei der Auswahl der Finanzdienstleistungen; gemeinwohlorienterte Veranlagung und Finanzierung				30
<b>C) MitarbeiterInnen inklusive EigentümerInnen</b>	<b>C1: Arbeitsplatzqualität und Gleichstellung</b> mitarbeiterorientierte Organisationskultur und -strukturen, Faire Beschäftigungs- und Entgeltpolitik, Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung einschließlich Work-Life-Balance/ flexible Arbeitszeiten, Gleichstellung und Diversität 90	<b>C2: Gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit</b> Abbau von Überstunden, Verzicht auf All-inclusive-Verträge, Reduktion der Regelarbeitszeit, Beitrag zur Reduktion der Arbeitslosigkeit 50	<b>C3: Förderung ökologischen Verhaltens der MitarbeiterInnen</b> Aktive Förderung eines nachhaltigen Lebensstils der MitarbeiterInnen (Mobilität, Ernährung), Weiterbildung und Bewusstsein schaffende Maßnahmen, nachhaltige Organisationskultur 30	<b>C4: Gerechte Verteilung des Einkommens</b> Geringe innerbetriebliche Einkommensspreizung (netto), Einhaltung von Mindesteinkommen und Höchsteinkommen 60	<b>C5: Innerbetriebliche Demokratie und Transparenz</b> Umfassende innerbetriebliche Transparenz, Wahl der Führungskräfte durch die Mitarbeiter, konsensuale Mitbestimmung bei Grundsatz- und Rahmenentscheidungen, Übergabe Eigentum an MitarbeiterInnen. Z.B. Soziokratie 90
<b>D) KundInnen / Produkte / Dienstleistungen / Mitunternehmen</b>	<b>D1: Ethische Kundenbeziehung</b> Ethischer Umgang mit KundInnen, KundInnenorientierung/ -mitbestimmung, gemeinsame Produktentwicklung, hohe Servicequalität, hohe Produkttransparenz 50	<b>D2: Solidarität mit Mitunternehmen</b> Weitergabe von Information, Know-how, Arbeitskräften, Aufträgen, zinsfreien Krediten; Beteiligung an kooperativem Marketing und kooperativer Krisenbewältigung 70	<b>D3: Ökologische Gestaltung der Produkte und Dienstleistungen</b> Angebot ökologisch höherwertiger Produkte/Dienstleistungen; Bewusstsein schaffende Maßnahmen; Berücksichtigung ökologischer Aspekte bei der KundInnenwahl 90	<b>D4: Soziale Gestaltung der Produkte und Dienstleistungen</b> Informationen/Produkten/Dienstleistungen für benachteiligte KundInnen-Gruppen. Unterstützung förderungswürdiger Marktstrukturen. 30	<b>D5: Erhöhung der sozialen und ökologischen Branchenstandards</b> Vorbildwirkung, Entwicklung von höheren Standards mit MitbewerberInnen, Lobbying 30
<b>E) Gesellschaftliches Umfeld:</b> Region, Souverän, zukünftige Generationen, Zivilgesellschaft, Mitmenschen und Natur	<b>E1: Sinn und gesellschaftliche Wirkung der Produkte/Dienstleistungen</b> P/DL decken den Grundbedarf oder dienen der Entwicklung der Menschen /der Gemeinschaft/der Erde und generieren positiven Nutzen. 90	<b>E2: Beitrag zum Gemeinwesen</b> Gegenseitige Unterstützung und Kooperation durch Finanzmittel, Dienstleistungen, Produkte, Logistik, Zeit, Know-How, Wissen, Kontakte, Einfluss 40	<b>E3: Reduktion ökologischer Auswirkungen</b> Reduktion der Umweltauswirkungen auf ein zukunftsfähiges Niveau: Ressourcen, Energie & Klima, Emissionen, Abfälle etc. 70	<b>E4: Gemeinwohlorientierte Gewinnverteilung</b> Sinkende/ keine Gewinnausschüttung an Externe, Ausschüttung an Mitarbeiter, Stärkung des Eigenkapitals, sozial-ökologische Investitionen 60	<b>E5: Gesellschaftliche Transparenz und Mitbestimmung</b> Gemeinwohl- oder Nachhaltigkeitsbericht, Mitbestimmung von regionalen und zivilgesellschaftlichen Berührungsgruppen 30
<b>Negativ-Kriterien</b>	Verletzung der ILO-Arbeitsnormen/ Menschenrechte -200  Menschenunwürdige Produkte, z.B. Tretminen, Atomstrom, GMO -200  Beschaffung bei / Kooperation mit Unternehmen, welche die Menschenwürde verletzen -150	Feindliche Übernahme -200  Sperrpatente -100  Dumpingpreise -200	Illegitime Umweltbelastungen -200  Verstöße gegen Umweltauflagen -200  Geplante Obsoleszenz (kurze Lebensdauer der Produkte) -100	Arbeitsrechtliches Fehlverhalten seitens des Unternehmens -200  Arbeitsplatzabbau oder Standortverlagerung bei Gewinn -150  Umgehung der Steuerpflicht -200  Keine unangemessene Verzinsung für nicht mitarbeitende Gesellschafter -200	Nichtoffenlegung aller Beteiligungen und Töchter -100  Verhinderung eines Betriebsrats -150  Nichtoffenlegung aller Finanzflüsse an Lobbies / Eintragung in das EU-Lobbyregister -200  Exzessive Einkommensspreizung -100

Detaillierte Beschreibung zu den Indikatoren finden sich im Handbuch zur Gemeinwohlabilanz auf [www.gemeinwohl-oekonomie.org](http://www.gemeinwohl-oekonomie.org) und im Redaktionswiki unter <https://wiki.gwoe.net/display/Redaktion/Home>. Rückmeldungen an die jeweiligen Redakteure sind sehr erwünscht.

# Anmerkungen zur Gemeinwohloökonomie

- Man muss sie sich leisten können
- Bleibt Angebots- statt Nachfrageökonomie
- Keine Ächtung der Bedarfsweckung
- Keine Ächtung des Kapitalertrages
- Verbraucher braucht eigentlich produktbezogene Informationen

# **Anmerkungen zur Postwachstumsökonomie**

- Nichtberücksichtigung des Wachstums der Menschheit (Grundeinkommen!)
- Keine Problematisierung der Bedarfsweckung
- Nichteinbeziehung der ehrenamtlichen Arbeit
- Keine Problematisierung der Angebotsökonomie

# **Entscheidungsstrukturen der Solidarwirtschaft (Commoning)**

Wolfgang Fabricius  
[www.reproduktionsökonomie.de](http://www.reproduktionsökonomie.de)

**SOAK-2013 Hamburg**  
Hamburg, den 24.-28. Juli 2013